

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Verbandes der Bäcker und Konditoren, Lehrkinder, Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kakes-, Zuckerwaren- und Schokoladen-Industrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Stk. Dresden), Lillengasse Nr. 12

Inserionspreis pro dreizehnpaltene Pettizelle 30 Pfg., für Mitgliederaktionen 20 Pfg.

Kollegen! Agitiert mit allen Kräften für die Stärkung unserer Organisation! Nutzt die günstige Zeit aus!

Das Recht des Stärkeren.

Eng ist die Welt und das Sehnen ist weit,
Reicht beieinander wohnen die Gedanken,
Doch hart im Raume stoßen sich die Sachen;
Wo eines Platz nimmt, muß das andere rücken.
Wer nicht vertrieben sein will, muß vertreiben;
Da herrscht der Streit, und nur die Stärke siegt.
Schiller „Wallenstein“

Unbestreitbar ist die Tatsache, daß in der ganzen Natur das Recht des Stärkeren vorwaltet. Die geistig Großen wie die körperlich Hervorragenden haben sich immer und überall einen günstigen Platz zu sichern gewußt.

Wir bemerken dies noch heute im Pflanzen- und Tierleben sowohl wie im „Leben und Weben“ der Menschen. In der Pflanzenwelt werden die Schwachen von den Starken erdrückt; unter einem deutschen Kiefern- oder Tannemwald wachsen und gedeihen keine anderen Bäume; sie würden erdrückt werden. Das Recht des Stärkeren waltet überall vor, das sehen wir auch in der Tierwelt. Nicht immer kommt dabei die rohe Kraft zur Geltung; denn wir kennen gewisse Tiere, welche, so klein sie auch erscheinen, infolge ihrer größeren Intelligenz sich Sklaven halten. Nach Darwin beobachtete Fieron Huber eine slavenmachende Ameisenart (*Formica rufescens*). Diese bauen nicht selbst ihre Nester, sammeln nicht selbst ihr Futter, erziehen nicht selbst ihre Brut — sie halten sich für diesen Zweck Sklaven. In regelmäßigen Kriegsmärschen ziehen diese Ameisen aus, überfallen die Befestigungen der schwächeren Art und suchen Larven und Puppen zu erbeuten, welche sie dann in ihre Baue schleppen. Durch die im Bau befindlichen Sklaven wird dann die erbeutete Brut mit der einheimischen Brut groß gezogen, um später wieder „Sklavendienste“ zu verrichten. Ganz ähnlich ging es in alten Zeiten unter den Menschen zu. Bereits bei den uralten klassischen Kulturvölkern, den Ägyptern und Babyloniern herrschte die Sklaverei; ganze Völkerschaften, die im Kriege unterlagen, wurden in die Gefangenschaft geschleppt und zur Sklaverei verdammt; so zum Beispiel das jüdische Volk unter Nebukadnezar, wie uns die Bibel erzählt. Daß die alten Ägypter der Sklavenwirtschaft huldigten, erzählt uns gleichfalls die Bibel in der Geschichte mit Joseph und Potiphar. Von dem so hochgebildeten griechischen Volke erfahren wir aus der Geschichte, daß dieses zur Zeit seiner höchsten Macht ungefähr 4 bis 5 Millionen vollberechtigter Bürger zählte, dagegen etwa 12 Millionen Sklaven, die rechtlos waren. Auch das so hochkultivierte alte römische Reich machte keine Ausnahme; in ganz Italien, besonders auf Sizilien, wimmelte es von Sklaven, die das Kriegsglück trotz ihrer oft vorzüglichen Erziehung in den Sklavenstand verweist hatte. Die wegen ihrer Kultur so hochbewerteten Völker der alten griechisch-römischen Welt behandelten ihre Sklaven äußerst geringerschätzend, etwa wie Tiere, denen sie nicht einmal nach dem Tode die Gleichheit zugestanden, sondern ihnen, gemäß ihres Religionskultus, selbst im jenseitigen (?) Leben noch einen besonderen Aufenthalt zuwiesen. Die späteren Christen waren ja nicht so niederträchtig; sie garantierten ihren Sklaven wenigstens den Aufenthalt im Himmel, wenn sie hier auf der Erde zum Vorteile ihrer Herren recht brav gehungert und sich keiner revolutionärer Ideen und freier Willkür schuldig gemacht hatten. Diese religiösen Anschauungen huldigen ja auch heute noch die modernen frommen Christen der kapitalistischen Welt — die

Großgrundbesitzer und Großindustriellen bis herab zum hiederigen Handwerksmeister — sie gönnen dem Armen im Jenseits alles Gute, wenn er nur diesseits keine Ansprüche macht. „Fromme Menschen“ waren die reichen Leute von jeher; denn sie fanden ja im Pfaffenamt ihre beste Stütze. Auch der Pfaffe versprach dem armen Volke alle Glückseligkeit des Himmels, wenn er nur selbst hier auf der Erde ein recht beschauliches Dasein führen durfte. Aus diesem Grunde findet man denn auch in Ländern, wo die Pfaffenherrschaft besonders stark auf die Gemüter des unwissenden Volkes lastet, neben größtem Reichtum die bitterste Armut, neben maßloser Ueberhebung und Herrschsucht die größte Bescheidenheit und Stumpfsinnigkeit, so z. B. in Spanien und Italien. Wohingegen in freien Ländern, z. B. England, Amerika, Australien etc., wo das Selbstgefühl, das Selbstbewußtsein endlich erwacht ist, der Sklavenjammer immer mehr und mehr schwindet und einem Gleichberechtigungsgedankel Platz macht. In Spanien, dem Lande der Ziegenhirten, „wo die Mandeln köstlich blühen, wo die reife Traube winkt“, dort sind die sozialen Verhältnisse ganz andere als im freien England, dem Lande der fortgeschrittensten Industrie. Dort ein kulturrückständiges Volk, aufgewachsen unter dem Druck von Klerus und Adel, hier eine Bevölkerung, welche sich nach freiheitlichen Prinzipien entwickelt hat. Dort eine verkümmerte, von den Pfaffen abhängige, stumpfsinnige Gesellschaft, hier ein freientendes, freischaffendes, seiner selbst bewußtes Volk. Je nach der Entwicklung der Kulturstufe, auf welcher eine Gesellschaft steht, je nach dem sind auch ihre sozialen Verhältnisse. Je niedriger der Bildungsgrad des Arbeiters in einem Lande, je anspruchsloser ist er in seinen Bedürfnissen, je weniger hat er Verständnis für das Gleichberechtigungsprinzip, je stärker lastet der Druck der „oberen Zehntausend“ auf seinem physischen Dasein. — Je weniger Ansprüche der Besitzlose stellt, je bescheidener er sein Recht zum Leben betont, je tiefer sinkt er auf jene Stufe hinab, auf welcher er in Reich und Glied steht mit dem Hochschiffen und dem Pachtel. — In Sizilien leben die Menschen wie die Hunde, und sie werden auch behandelt wie die Hunde — einem freien englischen Arbeiter dürfte man solche Behandlung nicht bieten. — Allerdings — von nichts wird nichts, auch den Engländern, speziell den englischen Arbeitern, sind die „gebratenen Lauben nicht in den Hals geflogen“. Schwere Kämpfe hat die englische Arbeiterschaft geführt, lange Jahre hindurch; endlich mußte man ihre Gleichberechtigung innerhalb der Gesellschaft anerkennen. — Schon früher hat die Gesellschaft dergleichen Umwälzungen erleben müssen, sobald „das Recht des Stärkeren“ sich geltend machte. Die Sklavenwirtschaft der alten Römer brach zusammen unter dem Ansturm der freiheitsliebenden Germanen; die Leibeigenschaft des Mittelalters erhielt ihren Todesstoß durch die große französische Revolution, und der letzte Rest der offiziellen, privilegierten Sklavenwirtschaft wurde hinweggefegt durch den amerikanischen Sezessionskrieg im Jahre 1862. Trotzdem besteht aber noch die Sklaverei überall dort, wo eine rückständige Bevölkerung sich derselben fügt, wo sie weder die Macht, noch den Willen hat, das Sklavenjoch abzuwerfen. Artige Kinder verlangen nichts, artige Kinder erhalten auch nichts, und diejenigen, welche als „furchtsame Kinder“ in ihrer Erbärmlichkeit und Dummheit alles über sich ergehen lassen, verdienen in der Tat nicht, daß man ihnen noch extra eine „Wurst bratet“, sie mögen mit Pellkartoffeln und Pering, mit Bidorientlaffee und Schmalzbrot fürlieb-

nehmen und dann noch vor Demut und Behmut in ihren religiösen und patriotischen Gefühlen „ersterben“ und Gott für das liebe Leben danken. Der denkende Arbeiter kann sich freilich mit diesen Jammergestalten nicht auf eine Stufe stellen, er verlangt mehr vom Leben. Da er aber infolge der Dummheit und geistigen Dummheit so vieler Tausender seiner Lebensgefährten keine „Macht“ darstellt, so muß eben die Aufklärung, die Aufrüttlung dieser erbärmlichen „Trauerlöcher“ stattfinden, damit einmal die Uebermacht auf unserer Seite ist. Als seinerzeit die organisierten Arbeiter in der Schweiz eine Lohnaufbesserung verlangten, da wurde ihnen erwidert, man könne dem nicht stattgeben, weil ja die Mehrzahl der Arbeiter mit ihrem damaligen Lohn zufrieden wären — es waren dies die nichtorganisierten, welche indifferent, kühlstweigend alles über sich ergehen ließen.

Alle Humanitätsbestrebungen der Neuzeit sind ein „Schlag ins Wasser“, solange nicht der richtige Nachdruck dahinter steht; bessere Zustände können wir nur erlangen, wenn die große Masse der Entrechteten und entrechteten Individuen im vortwärtigen schreitenden Kulturstaat jegliche Ertragskraft der Kultur auch für sich in Anspruch nimmt. Eine geringe Minderheit wagt sich heute mit Wohlbehagen in den Annehmlichkeiten unserer Kulturerrungenschaften, obgleich sie durchaus keinen Finger gerührt hat, diese Annehmlichkeiten zu schaffen. Infolge ihrer Sklavennatur, ihrer angeborenen Autoritätsduselei, halten die Tausende, aus deren Arbeit diese Annehmlichkeiten hervorgegangen, es für selbstverständlich, daß alle ihre Arbeit, wie dormalen im griechisch-römischen Sklavenstaat, nur den „Drohnen des Bienenstaats“ zu gute kommen müsse. Die Bienen erwürgen die Drohnen, sobald sie für den Bienenstaat bedeutungslos geworden. Wir dürfen die „Drohnen“ nicht erwürgen, weil uns Geheiß dies verbietet; aber wir können diese „Drohnen“ unsere Macht fühlen lassen, wenn wir, als Mehrzahl im Staate, bezugnehmend auf das gleiche Recht, oder auch auf das Recht des Stärkeren, hier Remedur verlangen. Dazu gehört allerdings, daß wir bis auf den letzten Mann organisiert sind, und im weiteren, daß wir alsdann, mit den nötigen geistigen Waffen ausgerüstet, diese im eigensten Interesse und zum Wohle aller gebrauchen lernen. Jede Beeinflussung im entgegengesetzten Sinne müssen wir zurückweisen lernen. Vor allem müssen wir uns das „Fürchten“ vor „Tod und Teufel“ abgewöhnen; davor fürchten sich unsere Gegner auch nicht. Wir haben niemand zu fürchten, wenn wir als nützliche Mitglieder der menschlichen Gesellschaft unsere Schuldigkeit tun; wir können jedem nichtnutzigen Faulenzer im „Bienenstaat“ dreist die Stirn bieten. Fort mit der erbärmlichen Dummheit, dem jämmerlichen Autoritätsduselei, denen gegenüber, die uns zu selbsttätigen Zwecken ausmühen! Vorbei ist die Zeit, wo die Unterwürfigkeit der Abgötterei gleichkam, wie sie uns Heinrich Heine ins Gedächtnis ruft: „Die Unterwürfigkeit des polnischen Bauern gegen den Edelmann ist empörend. Er beugt sich mit dem Kopfe fast bis zu den Füßen des gnädigen Herrn und spricht die Formel: „Ich küsse die Füße.“ Wer den Gehorsam perfonifiziert haben will, der sehe einen polnischen Bauern vor seinem Edelmann stehen, sagt Heine, „es fehlt nur der weidende Hundschweif“. Je höher der Bildungsgrad des Arbeiters steigt, je weniger werden solche Beherrschungen unmüher Menschen stattfinden, zum Vorteile

unserer sozialistischen Weiterentwicklung. Jede Untertunigkeit im obigen Sinne, jedes freiwillige Zurückstehen an der wohlgefüllten „Stippe des Kulturstaates“ ist ein Zeichen von Schwäche und Blödsinn. Die Natur hat für alle ihre Menschenkinder den „Löff reichlich abgedeckt“, und wenn einige den „Vordrängeln“ und die Ellbogen gebrauchen, dann heißt es „Vordrängeln“ und die Ellbogen gebrauchen; da nützt keine Bescheidenheit und keine Autoritätsbujelei; die Schwachen werden „an die Wand gequetscht, daß sie quatschen“. Rücksichtslos, nach dem Rechte des Stärkeren, hat man uns jetzt die Lebensmittel verteuert. Was wird die Folge sein? Das Ringen um die Existenz wird von neuem beginnen müssen! Wer nicht vertreiben sein will, muß vertreiben, da herrscht der Streit, und nur die Stärke siegt!“
Doryphoros.

Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1906.

III.

Die Zentralverbände weisen im vorliegenden Jahre nicht nur in bezug auf den Mitgliederbestand und die Finanzen, sondern auch bezüglich der inneren Einrichtungen äußerst bedeutende Fortschritte auf. Die anderen Organisationsgruppen, namentlich die christlichen Gewerkschaften und „unabhängigen Vereine“ zeigen gleichfalls eine Vermehrung der Mitglieder und eine Steigerung der Einnahmen, während die lokalen Vereine und die unabhängigen christlichen Gewerkschaften einen Mitgliederverlust zu verzeichnen haben.

Für die lokalen Vereine fehlt es an genauen Angaben über den Stand der Organisation. Nach der Angabe der Vorstände der Zentralverbände waren 1906 Mitglieder lokaler Vereine vorhanden in folgenden Berufen: Bäcker 3000, Zimmerer 3000, Handels- und Transportarbeiter 1600, Bauhilfsarbeiter 1500, Steinarbeiter 1000, Tischler 700, Kürschner 500, Gasarbeiter 350, Gemeindevorsteher 315, Wäcker 300, Zivildienst 300, Textilarbeiter 300, Maler 150, Hotelbediener 110, Barbier 50, Stuhlreue 40, Tapezierer 30, zusammen 13 145, gegenüber 27 736 im Jahre 1905. Durch den Anschluß des Verbandes der Berliner Handwerker an den Verband der Handels- und Transportarbeiter ist die Zahl der Mitglieder lokaler Vereine in diesem Berufe von 12 000 im Jahre 1905 auf 16 000 im Jahre 1906 zurückgegangen. In der Metallindustrie waren für 1905 200 Mitglieder angegeben, während für 1906 keine Angabe gemacht ist. Es läßt sich bei den unsicheren und wechselnden Angaben bezüglich dieser Organisationen nicht sagen, ob, abgesehen von dem Berufe der Handels- und Transportarbeiter, namentlich ein Verlust von Mitgliedern in dieser Organisationsgruppe eingetreten ist. Auch über die Finanzen dieser Vereinigungen und über ihr gewerkschaftliches Wirken läßt sich nichts berichten. Sie kommen für die Gewerkschaftsbewegung Deutschlands nicht mehr in Betracht, weil ihre Mitglieder fast ausschließlich in Berlin und seinen Bezirken wohnen. Hier sind die Zentralverbände zum Teil noch genötigt, diese Organisationen bei Lohnbewegungen zu berücksichtigen, weil das Interesse an der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen höher steht als der Streit um die Organisationsform. Im übrigen Deutschland hört man von den lokalen Vereinen, die angeblich die stärkere Form des Gewerkschaftswesens annehmen, nichts. In der Statistik über diese Organisationsgruppen zur Ermittlung, weil das Schreiben vorliegt, eine Uebersicht über alle Vereinigungen zu geben, die als gewerkschaftliche bezeichnet werden können.

Die Hirsch-Dunderjchen Gewerbevereine hatten 1906 in 2143 Ortsgruppen 115 508 Mitglieder, gegenüber 117 075 im Jahre 1905, mithin 1906 eine Zunahme von nur 111. Die Jahreserinnahme betrug A 1 401 074, die Ausgabe A 1 344 277. Der „Gewerbeverein“, das Organ der Hirsch-Dunderjchen, gibt die Ausgabe mit A 1 400 132 an, doch sind hier teilweise die angelegten Gelder im

Betrage von A 56 956 eingerechnet. Im einzelnen verteilen sich die Ausgaben, nach Nichtigstellung einiger Rechenfehler, die in der Veröffentlichung des „Gewerbevereins“ enthalten sind, folgend: Verbandsorgan A 185 622, Agitation A 171 704, Aussparungen und Streiks A 442 262, Rechtschutz A 15 984, Reise, Umzugs- und Reiseunterstützung A 70 480, Arbeitslosenunterstützung A 136 043, Bildungsförderung A 14 551, Ortsverbände und Verbandssteuern A 50 865, Injektion und Druckkosten A 56 859 und Verwaltungskosten A 250 014. An Kassenbestand verblieben am Jahresabschluss in der Gewerbevereinstasse A 1 315 418, in Kranken- und Begräbniskassen A 1 372 851, in Begräbniskassen A 935 316, zusammen A 3 626 082.

Abgesehen von den Gewerbevereinen der Maschinenbauer, Kaufleute und Fabrikarbeiter kommen die einzelnen Organisationen nach ihrer Mitgliederzahl kaum in Betracht. Es hatten Mitglieder: Maschinenbauer 48 199, Bauhandwerker 17 133, Tischler 6094, Textilarbeiter 6200, Schuhmacher 5300, Schneider 4050, Bergarbeiter 3509, Tabakarbeiter 1900, Graphische Berufe 1899, Tischler 1774, Bauhandwerker 1229, Frauen und Mädchen 792, Wildhauer 451, Brauer-Berlin 445, Konditoren 298, Schiffszimmerer 251, Brauer-Gamburg 188, Kellner 84, Brauer-Stettin 50, Kesselschläger 47.

Die dem Gesamtverband angehörenden christlichen Gewerkschaften hatten 1906 in 3048 Ortsgruppen 27 116 Mitglieder gegen 188 106 im Jahre 1905, mithin eine Zunahme von 59 010. Unter den Mitgliedern befinden sich 21 646 weibliche. Die Jahreseinnahme dieser Gewerkschaften betrug A 3 378 833, die Ausgabe A 2 709 260, der Kassenbestand am Jahresabschluss A 2 370 782. Im einzelnen wurden verausgabt für: Verbandsorgan A 275 260, Agitation A 262 787, Streik- und Gemäßigterunterstützung A 853 435, Rechtschutz A 61 233, Reise- und Arbeitslosenunterstützung A 34 464, Krankenunterstützung A 265 435, Sterbegeld A 136 994, Sonstige Unterstützung A 12 494, Bildungsförderung A 15 206, Beitrag an den Gesamtverband A 35 470, Gehälter A 76 631 und an Verwaltungskosten A 124 977.

Von den einzelnen Verbänden, die dem Gesamtverband angehören, hatten 1906 Mitglieder: Bergarbeiter 73 542, Bauhandwerker 36 459, Textilarbeiter 31 551, Metallarbeiter 24 744, Bayerische Eisenbahner 22 155, Hilfs- und Transportarbeiter 13 023, Holzarbeiter 10 222, Keramikarbeiter 7031, Tabakarbeiter 6457, Heimarbeiterrinnen 3600, Schuh- und Lederarbeiter 3250, Schneider 3124, Buchdrucker (Gutenbergsbund) 2714, Maler und Anstreicher 2577, Graphisches Gewerbe 1050, Bayerische Salinarbeiter 823, Krankenpfleger 642, Gärtner 670, Bäcker 472.

Die unabhängigen christlichen Gewerkschaften, d. h. die dem Gesamtverband nicht angehörenden, aber als „christlich“ gelten wollenden Organisationen, hatten 1906 in 724 Ortsgruppen 73 132 Mitglieder, die sich auf folgende Verbände verteilen: Deutsche Eisenbahner 35 091, Verein zur gegenseitigen Hilfe (Oberpfälzer) 10 000, Bayerisches Konversonal 9439, Böhmisches Eisenbahner 5760, Württembergische Eisenbahner 7345, Württembergisches Konversonal 2557.

Diese Organisationen hatten eine Jahreseinnahme von A 298 032, eine Ausgabe von A 268 473 und am Jahresabschluss einen Kassenbestand von A 235 162. Ueber die Ausgaben im einzelnen ist in der Statistik der christlichen Gewerkschaften nichts berichtet.

Die Angaben über die unabhängigen Vereine, das sind die Organisationen, die gewerkschaftlichen Charakter haben, aber keiner Landeszentrale angehören, sind sehr wechselnd, weil sie größtenteils nicht von diesen Organisationen selbst gemacht sind, sondern von den Vorständen der Zentralverbände. Die Mitgliederzahlen lassen sich von einem Jahre zum anderen immer vergleichen, weil vielfach von den Vorständen der Zentralverbände über diese Vereinigungen nichts berichtet wird. So berichtet der Vorstand des Bergarbeiterverbandes, daß 1906 in solchen Vereinen 16 000 Mitglieder vorhanden waren, während er für 1905 keine Angaben gemacht hat. Infolgedessen erhöhte sich die Gesamtmitgliederzahl dieser Vereine von 65 282 im Jahre 1905 auf 73 544 im Jahre 1906, obgleich 4 Organi-

zationen im letzten Jahre sich den Landeszentralen angeschlossen haben und deshalb aus dieser Gruppe ausgeschlossen sind. Die Verbände der Hotelbediener mit 3893 Mitgliedern, der Photographen mit 716 und der Photographen mit 483 Mitgliedern haben sich der General-Kommission angeschlossen. Der „Gutenbergsbund“, eine während des Streiks der Buchdrucker 1892 von Streikbrechern gegründete Organisation, die 2800 Mitglieder zählte, hat sich dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossen. Es waren 1906 in 24 Berufen solche „unabhängigen“ Organisationen vorhanden. Die meisten dieser sind lokale Vereine. Verbände, die in dieser Gruppe gezählt sind, hatten die Brauer, Bureauangestellten, süddeutschen Eisenbahner, Gastwirtgehilfen, Graveure der Stoffdruckindustrie, Konditoren, Photographen, Maschinisten, Textilarbeiter, Zeichner und Biblitheksmuster. Auf die einzelnen Berufe verteilen sich die Mitglieder der „unabhängigen“ Vereine folgend: Gastwirtgehilfen 19 000, Biblitheksmuster 12 000, Bergarbeiter 10 000, Eisenbahner (Süddeutsche) 9153, Handelshilfsarbeiter 5500, Maschinisten (Sächs. Verband) 5000, Bureauangestellten 4000, Brauer 2000, Gemeindevorsteher 1770, Zeichner 911, Bäcker 900, Konditoren 600, Photographen 600, Graveure der Stoffdruckindustrie 500, Porzellanarbeiter 350, Textilarbeiter (Rheinischer Verband) 300, Buchdruckerhilfsarbeiter 200, Dachdecker 200, Photographen 150, Buchbinder 120, Hotelbediener 110, Zigarenportierer 80, Althaltende 50, Sattler 50.

Neben diesen sechs Organisationsgruppen, über die vorstehend nähere Angaben gemacht sind, bestehen noch zahlreiche Vereine mit vielen tausend Mitgliedern, die zwar als Berufsvereine, nicht aber als Gewerkschaften gelten können. Aus diesem Grunde empfiehlt es sich auch, von ihrer Aufzählung und der Hinzurechnung ihrer Mitgliederzahl zu der der Vereinigungen, die einen gewerkschaftlichen Charakter haben, abzusehen. Es können, wenn ein Gesamtbild der gewerkschaftlichen Bewegung in Deutschland gegeben werden soll, nur die sechs Gruppen in Betracht gezogen werden. Diese hatten 1906 insgesamt 2 215 165 Mitglieder gegenüber 1 810 930 im Jahre 1905, somit eine Mitgliederzunahme von 395 224. Von dieser entfallen auf die Zentralverbände 344 906, die Hirsch-Dunderjchen Gewerbevereine 1411, die christlichen Gewerkschaften 59 010 und die „unabhängigen Vereine“ 8282. Es nahmen gegenüber 1905 an Mitgliedern zu die Zentralverbände um 25,6 pZt., die christlichen Gewerkschaften um 20,8 pZt. und die Hirsch-Dunderjchen Gewerbevereine um 1,2 pZt.

An Einnahmen hatten die letzteren drei Organisationen einschließlich der unabhängigen christlichen Gewerkschaften im Jahre 1906 A 46 651 878, an Ausgaben A 41 285 423 und an Kassenbestand am Jahresabschluss A 31 544 660, einschließlich der Kassenbestände der Kranken- und Begräbniskassen der Hirsch-Dunderjchen Gewerbevereine. Der größte Teil dieser Summen entfällt, wie vorstehend nachgewiesen, auf die Zentralverbände, neben deren Einnahmen und Ausgaben die der christlichen Gewerkschaften und der Hirsch-Dunderjchen Gewerbevereine sich unbedeutend ausnehmen. Der größere Fortschritt, welchen die Zentralverbände gegenüber den anderen Organisationsgruppen aufweisen, ist aber nicht nur für das Jahr 1906 zu verzeichnen, sondern ist während der ganzen Jahre, für welche sich Vergleiche anstellen lassen, vorhanden gewesen. Der Bestand der Organisationen im Jahre 1906, verglichen mit dem von 1900, zeigt dies deutlich. Es hatten 1900 an Mitgliedern: die Zentralverbände 680 427, die christlichen Gewerkschaften 150 770, die Hirsch-Dunderjchen Gewerbevereine 91 601. Es nahmen bis zum Jahre 1906 an Mitgliedern zu: die Zentralverbände um 1 009 282 = 148,33 pZt., die christlichen Gewerkschaften um 160 478 = 106,44 pZt. und die Hirsch-Dunderjchen Gewerbevereine um 26 347 = 29,29 pZt. Der Abwärt der letzteren beiden Organisationsgruppen von den Zentralverbänden ist so bedeutend, daß man wohl nicht irre geht, wenn man behauptet, daß nicht den christlichen Gewerkschaften, am allerwenigsten aber den Hirsch-Dunderjchen Gewerbevereinen die Zukunft gehört. Die Hirsch-Dunderjchen Gewerbevereine haben sich, scheint es, mit dieser Tatsache abgefunden. Sie geben ihren Jahresbericht ohne Rückblick auf die Vergangenheit, ohne Ausblick für die Zu-

Ein Proletarierkind.*

Etwas über eine Meile südlich von der alten römischen Bischofsstadt Bienen liegt am oberen Rande eines Hügel, deren südliches Ende die Ortsgemeinde Neuburg am Inn bildet, ein Wald umgeben ein kleines Dorf, Dammelsbach genannt. Dort wurde am 19. April 1846 dem Regimentsarzt Franz Auer als das zweite Kind ein Knabe geboren, der in der Laute den Namen Ignaz erhielt. Er lebte der ihm mütterliche Zuneigung der kinderreichen Ehe Franz Auer's Weibens. Drei Jahre nach des kleinen Ignaz Geburt starb der Vater und hinterließ der hochbegabten Witwe nur ein verhältnismäßig kleines und vier langjährige kleine Kinder, zu denen sechs Wochen nach seinem Tode noch das fünfte — das erste Mädchen — kam. Von den übrigen Geschwister waren fünf bereits gestorben.

Das Fräulein, das unter dem Namen, und bitterste Not stand über die kleine Familie herrschte. Erwerb gab es in dem Dorfe und der Gemeinde Neuburg für Auer's Mutter nicht, denn von Industrie war keine Rede, und die paar Ackerbauern am Ort nahmen nur jüngere ledige Personen in Dienst. Die übrige Bevölkerung bestand aus Tagelöhnern und Häuslern, die selbst nichts hatten. In einem Hinterhof, das ihr noch heruntergekommenes Recht einbringen werden mochte, hatte die kleine Familie, im Hinterhof aber lag die Mutter, wenn ihr nicht anderswohin für langen Lohn Tagelöhnerarbeit geboten wurde, beschützt auf Almosen oder — geradeheraus gesagt — bei Bettel angewiesen. Denn Lebensbedingung an einer anderen Ort war ausgeschlossen; es hätte keine Gemeinde damals die mittellose Frau mit ihrem Kindern aufgenommen. Außerdem galt allerdings Betteln unter

solchen Umständen nicht als Verbrechen. Die schlecht und reich durch Bettelbrot ernährten Armenkinder wurden, wenn sie das zwölfte Lebensjahr erreichten, um ein paar Gulden an Barmut im benachbarten wohlhabenderen Kottal in Dienst genommen und zahlten durch billige Arbeit die Almosen reichlich beim.

Unter solchen Verhältnissen verlebte unser Ignaz Auer — an Erhebungen reich, an Freuden arm — die ersten Kinderjahre, und doch hing der kleine „Kazi“, wie alle Kinder, zärtlich an der Mutter, und es gab bittere Tränen, als ihn, wie er sieben Jahre alt geworden war, die Mutter zu einem in Strubach am Rott wohnenden Bruder jenes Vaters brachte, der, wie dieser, Messger war.

Er hatte es bei ihm nicht leicht. Alles in allem gehörten, wenn nicht die Schutzsuch nach Mutter und Geschwister ihn ergreift, die Strubacher Jahre zu der sorglosen Zeit seiner Kindheit. Er bräute die freilich recht dürftige Dorfschule und tummelte sich sonst ununterbrochen herum, da der Onkel es gut mit ihm meinte und seine Arbeit nicht brauchte. Aber dieser sorglosen Jahre sollten nur zwei sein. Schon 1855 starb der Onkel, der wohl auch der Mutter manches zugewendet haben wird, und jetzt erreichte den Kazi das traurige Geschick, als Gemeindepflegling „verankert“ zu werden. Der Bauer, der ihn erpand, bestellte den sechsjährigen Jungen weidlich aus. Für das hiesige Essen und Eßdank mußte dieser das Vieh hüten und sonstige schwere Arbeit verrichten, freundliche Worte aber gab es nicht zu hören. Schwer drückte dies und die nun schon klar erkennende Tatsache, daß er nur als halbtierisch betrachtet wurde, auf das Gemüt des Jungen. Von Hause aus schüchtern, aber fröhlich, wenn er gezeit war, zog er sich wie seine Schulgenossen anstreifen, die Handarbeit des Dorfschullehrers zu, der vom Seelenleben des Kindes offenbar keine Ahnung hatte. Ja, er hätte vielleicht ein ganz verträgliches Leben angenommen, wenn nicht der Gedanke, bei dem er zur Kommunionstunde ging, an dem fröhlichen und geistig regionalen Knaben Gesellschaft gefunden und ihm öfter Vater zum Leiden gleichen

hätte, die Kazi mit Eifer verschlang und manchmal noch ein zweites oder drittes Mal durchließ, ehe er sie zurückgab. Denn damals waren Bücher etwas gar seltenes auf den Dörfern. Sie legten in den Geist des Jungen den Keim zu anderen Gedanken, als wie sie die meisten seiner Altersgenossen hegten, und ließen den Groll über die Unbill, die er sonst zu erliden hatte, nicht sein Herz verhärten.

Ignaz Auer hat dem Geistlichen, der ihm ein freundlicher Lichtspender in den trübsten Jahren seiner Jugend gewesen ist, ein liebevolles Andenken bewahrt, wie er denn auch, so jetzt er später in Verwerfung jeder Offenbarungsreligion war, nie zu den Pfaffenkreuzern gehört hat. Er erkannte die Verfüngungen der Kirche am Menschengestalt, er sah klar, welche Stütze für allerhand Privilegienwirtschaft sie ist, aber er sah darum doch nicht in jedem Geistlichen einen Heuchler oder Ignoranten.

Nach erfolgter Konfirmation kam Ignaz als Dreizehnjähriger nach dem etwas südlicher als Neuburg gleichfalls am Inn gelegenen Neuhaus zu einem Sattler in die Lehre. Lehrjahre sind keine Herrenjahre, sagt ein alter Handwerkspruch, und für den Vaterlosen Ignaz waren sie das volle Gegenteil. Obwohl die Zeit viele Wunden heilt, viele bittere Tränen vergessen und alles Vergangene im verklärten Lichte erscheinen läßt, sind ihm wenige freundliche Erinnerungen aus seiner Lehrzeit erhalten geblieben. Sie waren im ganzen eine freudlose Zeit für ihn. Nur, wenn er einmal die Mutter besuchen durfte oder eines seiner Geschwister zu sehen bekam, lebte er auf. Aber eine ungemühter Freude war das Wiedersehen auch nicht. Denn den Geschwister ging es zumeist ebenfalls nicht zum besten, und die Mutter trankelte schon bedenklich. Sie starb ein Jahr, nachdem Ignaz 1863 die Lehre abfolbiert und nach allem Handwerksbrauch den Wanderstab in die Hand genommen hatte. Mit 18 Jahren war er in die Lehre gekommen, mit 17 Jahren zog er, ganz auf sich selbst gestellt, hinaus in die Welt.

* Ein entnehmen dieses Kapitel der fischen von der Hauptstadt Bienen, Berlin, herausgegebenen Geschichte des Kazi. Eine Geschichte von Eduard Reuter. In einem handlichen Roman und mehreren Abbildungen. Preis A 1, Verlagsanstalt 50 J.

kunft. Die christlichen Gewerkschaften aber stellen alljährlich in ihrem Bericht Kalkulationen darüber auf, wie die Zukunft dieser Organisationen sich gestalten wird und warum die „Christen“ mit ihren Gewerkschaften nicht die gleichen Erfolge zu verzeichnen haben wie die Zentralverbände.

In dem Jahresbericht des Gesamtverbandes wird die Zukunft der christlichen Gewerkschaften also geschildert: „Wir haben uns noch nie der Illusion hingegeben, daß die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung in ihrer äußeren Entwicklung durch unsere Organisationen in nächster Zeit erreicht oder übertroffen werden könne. Dafür fehlen noch die äußeren Vorbedingungen (Umfang und Alter der Organisationen, Zahl der Kräfte, Mittel zur Agitation). Galt die Mitgliederentwicklung der letzten Jahre an, werden die sozialdemokratischen Gewerkschaften bald 2 1/2 Millionen, die christlichen dagegen ca. 500 000 Mitglieder zählen. Und diese halbe Million bildet dann den Regulator sowohl gegenüber scharfmacherischen Plänen wie auch zur politischen und gewerkschaftlichen Taktik der sozialdemokratischen Bewegung.“

Die „Christen“ sind wenigstens so liebenswürdig, zu bemerken, daß die christlichen Gewerkschaften die Zentralverbände nicht in nächster Zeit erreichen oder übertreffen werden. Für die spätere Zeit steht somit glücklicherweise nur nach Meinung der Führer der christlichen Gewerkschaften, den Zentralverbänden dieses fürchterliche Schicksal bevor. Wenn die Mitgliederentwicklung so anhält, wie in den letzten Jahren, dann sollen die christlichen Gewerkschaften bald 500 000 Mitglieder zählen. Das wird wohl nicht ganz zutreffen. Daß die christlichen Gewerkschaften wohl 500 000 Mitglieder bekommen werden, kann schon stimmen; denn bei dem ungeheuren Menschenmaterial, das heute noch im Banne der katholischen Kirche mit all seinen unheilvollen Folgen steht, bedeuten 200 000, die wenigstens für den Organisationsgedanken, wenn auch nur dem der „Christen“ gewonnen werden, keine sehr große Rolle. Aber wenn sie gewonnen werden sollen, dann darf die Mitgliederzunahme nicht so anhalten, wie in den letzten Jahren. Im Jahre 1905 nahmen nämlich die christlichen Gewerkschaften um 57 548 Mitglieder oder 27,7 pZt., im Jahre 1906 aber nur um 55 216 oder 20,8 pZt. zu. Bleibt die Zunahme in dieser Weise, dann hat es mit den 500 000 christlichen Gewerkschaftsmitgliedern noch gute Wege.

Aber die Führer der christlichen Gewerkschaften wissen nicht neue Gründe für die geringere Werbekraft ihrer Gewerkschaften gegenüber den Zentralverbänden anzugeben. Im Jahre 1905 war es der „Terrorismus“, den die Mitglieder der Zentralverbände gegenüber den christlichen Gewerkschaftsmitgliedern ausübten. Nachdem in unserem letzten Jahresbericht gezeigt war, wie es mit diesem „Terrorismus“ steht, scheint man diesen Grund nicht mehr als stichhaltig genug anzusehen. Deswegen ist dieses Mal ein anderer ins Treffen geführt. „Zahl der Kräfte, Mittel zur Agitation“ das ist es, worin die christlichen Gewerkschaften den Zentralverbänden angeblich nachsehen. Der Mangel an Kräften wird aber in dem Jahresbericht in folgender Weise noch besonders betont: „Infolge der günstigen Mitgliederentwicklung ist die Zahl der Angestellten der christlichen Gewerkschaften schon bereits auf über 200 angewachsen. Im Vergleich zur sozialdemokratischen Bewegung ist diese Zahl allerdings noch gering. Dort verfügt der Metallarbeiterverband allein über 274 Angestellte; es folgen dann die Maurer mit annähernd 200, die Handels- und Transportarbeiter 80, Buchdrucker 43, Bäcker 33 usw. Allein in Rheinland und Westfalen, wo die Mitgliederzahl der sozialdemokratischen Verbände die der christlichen Organisationen nicht sehr viel übertrifft, haben erstere mehr Beamten angestellt als die christlichen Gewerkschaften in ganz Deutschland.“

Wie steht es nun mit diesem Mangel an Kräften in Wahrheit. Die christlichen Gewerkschaften hatten nach ihrer Angabe über 200 Beamte. Wieviel es über 200 sind, verschweigt der Bericht vorsichtigerweise. Dies zu wissen, würde jedoch für einen Vergleich mit den Zentralverbänden von großer Bedeutung sein. Nehmen wir nur die 200 Beamten der christlichen Gewerkschaften als Grundlage für die Berechnung, so ergibt sich, daß bei 320 243 Mitgliedern auf je 10 000 Mitglieder 5,99 Beamte kommen. Die Zentralverbände haben 1371 Beamte, und zwar 227 bei den Zentralstellen, 54 in den Redaktionen der Gewerkschaftsblätter, 300 als Gauleiter und 790 in den Zweigvereinen. Von den letzteren sind viele nur zum Teil besoldet, so daß sie eigentlich in die Berechnung nicht mit einbezogen werden dürften. Aber nehmen wir die volle Zahl, so kommen bei den 1 689 709 Mitgliedern der Zentralverbände auf je 10 000 Mitglieder 5,1 Beamte. Die „Christlichen“ stehen somit prozentual den Zentralverbänden in bezug auf die Zahl der angestellten Beamten nicht nur gleich, sondern übertreffen sie, weil sie über 200 Beamte zur Verfügung haben. Und dabei ist zu berücksichtigen, daß die christlichen Gewerkschaften sich hauptsächlich in Rheinland und Westfalen konzentrieren, während die Zentralverbände in allen Teilen Deutschlands ihre Mitglieder haben. Der Grund ist also nicht stichhaltig, wie auch der, daß den christlichen Gewerkschaften nicht genügend Mittel zur Agitation zur Verfügung stehen. Die „Christlichen“ verausgabten 1906 für Agitation M 262 787, das ist pro Kopf der Mitglieder M 1,06. Die Zentralverbände verausgabten für Agitation M 1 520 753, das ist pro Kopf der Mitglieder M 1,08. Die 2 J., die bei den Zentralverbänden pro Kopf der Mitglieder mehr verausgabt wurden, als bei den Christlichen, werden keine so große Rolle spielen; denn diesen steht doch das „Vertrauen auf Gott und die Hilfe der Kirche“ zur Seite, während die Zentralverbände mit allen irdischen Mächten zu kämpfen haben und gegen sie vielfach von der Kanzel und im Reichstuhle die Hilfe Gottes angerufen wird, was bei Menschen, die in dem Priester den Vertreter ihres Gottes sehen, nie ohne Wirkung bleibt. Es müssen somit andere Gründe vorliegen, welche es herbeiführen, daß die christlichen Gewerkschaften weniger Werbekraft haben, als die Zentralverbände; denn die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften haben pro Kopf der Mitglieder M 1,45 für Agitation ausgegeben und doch 1906 nur 1411 oder 1,2 pZt. Mitglieder gewonnen.

Der Grund ist auch nicht in der Zahl der Beamten und der Ausgabe für Agitation zu suchen, sondern darin, daß der Arbeiterchaft immer mehr bewußt wird, daß die Zentralverbände wirklich ernsthaft Gewerkschaftspolitik

treiben, die nicht nach den Wünschen bürgerlicher Parteien und nicht mit Rücksicht auf das Unternehmertum eingerichtet, sondern einzig und allein von dem Wohle der Arbeiterklasse abhängig gemacht wird. Dann aber üben die Zentralverbände auch eine größere Anziehungskraft aus, weil ihre Unterstüßungseinrichtungen weit besser sind, als bei den christlichen Gewerkschaften und den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, und die Ausgaben, welche diese pro Kopf ihrer Mitglieder für Unterstüßungen haben, weit hinter denen der Zentralverbände zurückbleiben.

Es verausgabten für Rechtschutz und Unterstüßungen mit Ausnahme der Krankenunterstüßung und der Beihilfe in Sterbefällen pro Kopf der Mitglieder 1905 die Zentralverbände M 2,70, die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften M 2,36, die christlichen Gewerkschaften 92 J.; 1906 die Zentralverbände M 2,88, die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften M 1,88 und die christlichen Gewerkschaften nur 44 J. Für Streiks und Aussperrungen zahlten pro Kopf der Mitglieder 1905 die Zentralverbände M 7,55, die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften M 2,45 und die christlichen Gewerkschaften M 5,32; 1906 die Zentralverbände M 8,61, die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften M 3,73 und die christlichen Gewerkschaften M 3,45. Nicht nur in bezug auf die allgemeinen Unterstüßungen, sondern selbst bei der Ausgabe für Streiks blieben die christlichen Gewerkschaften noch hinter den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften zurück. Um den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuwehren, sind die christlichen Gewerkschaften gegründet worden, und nun kommen sie in bezug auf Unterstüßungen über jammervolle Leistungen nicht hinaus. Denn ebenso wie mit den Unterstüßungen im allgemeinen und dem Rechtschutz steht es mit der wichtigsten Unterstüßung, der für Arbeitslose. Es zahlten 1905 Arbeitslosenunterstüßung 41 Verbände mit 866 000 Mitgliedern M 1 991 924, 16 Hirsch-Dundersche Gewerkschaften mit 115 717 Mitgliedern M 1 937 748 und 12 christliche Gewerkschaften mit 120 615 Mitgliedern einschließlich Reiseunterstüßung M 13 571; 1906 43 Zentralverbände mit 1 138 738 Mitgliedern M 2 633 296, 16 Hirsch-Dundersche Gewerkschaften mit 116 239 Mitgliedern M 1 366 043 und 11 christliche Gewerkschaften mit 135 333 Mitgliedern einschließlich Reiseunterstüßung M 34 464. Das macht pro Kopf der Mitglieder dieser Organisationen 1905 bei den Zentralverbänden M 2,30, bei den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften M 1,67, bei den christlichen Gewerkschaften einschließlich der Reiseunterstüßung 11 J., 1906 bei den Zentralverbänden M 2,33, den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften M 1,17 und den christlichen Gewerkschaften einschließlich der Reiseunterstüßung 25 J.

Weil die christlichen Gewerkschaften und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften die Zentralverbände wegen ihres Kampfscharakters schmähen und selbst genötigt sind, Kämpfe führen zu müssen, und weil sie in bezug auf die Unterstüßungseinrichtungen weit hinter den Zentralverbänden zurückbleiben, deswegen finden sie bei vernünftig denkenden Arbeitern keinen Anklang. Die Zentralverbände haben ihr Unterstüßungswesen zwar auch erst in dem letzten Jahrzehnt ausgebaut, aber nicht weil sie solches nicht wollten, kamen sie so spät dazu, sondern weil sie der ständigen Gefahr ausgegesetzt waren, die von ihnen getroffenen Einrichtungen durch polizeiliche Eingriffe wieder vernichtet zu sehen. Unter dem Sozialistengesetz wäre es töricht gewesen, die für die Unterstüßungseinrichtungen nötigen Fonds anzuhäufeln; denn jeden Tag konnte die Auflösung eines Verbandes und die Beschlagnahme der Kasse erfolgen. Auch in den ersten Jahren nach Aufhebung dieses Gesetzes war man keinesfalls vor einem solchen Eingriff sicher. Dann führten die Gewerkschaften jahrelang den Kampf gegen die Behörden, die versuchten, die Gewerkschaften, welche Unterstüßungen zahlten, als Versicherungsanstalten nicht nur unter Polizeiaufsicht zu stellen, sondern ihnen dann auch die Höhe der Beiträge vorzuschreiben, die nach versicherungstechnischen Berechnungen für die Unterstüßungen notwendig sein sollten und die schließlich auch die Existenz der Organisation von der Genehmigung der Ministerien der Einzelstaaten abhängig machen. Erst mit der Aufhebung des Verbindungsverbots für politische Vereine und dem Gesetz über die Privatversicherung erhielten die Gewerkschaften einigermaßen Sicherheit und konnten an dem inneren Ausbau arbeiten und die Unterstüßungseinrichtungen vervollkommen. Das Verbindungsverbot fiel, weil die sozialdemokratische Fraktion eine Bestimmung über seine Aufhebung in das Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch hineinzubringen wußte, die dann im Plenum des Reichstages getrieben wurde, nachdem der Reichskanzler das Versprechen gegeben hatte, daß das Verbot bis zum Jahre 1900 durch die Gesetzgebung der Einzelstaaten aufgehoben werden würde. Als dies nicht geschah, erfolgte die Aufhebung durch Reichsgesetz. In das Gesetz über die Privatversicherungen wurde auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion die Bestimmung hineingebracht, daß Vereine, die ihren Mitgliedern keinen Rechtsanspruch auf die Unterstüßung gewähren, nicht unter das Gesetz fallen. Diese beiden für die Gewerkschaften so überaus wichtigen Bestimmungen dankten die Gewerkschaften der sozialdemokratischen Partei, und da sollten sie in dieser Partei nicht ihre politische Vertretung sehen? Töricht ist es von den Arbeitern, die sich anderen Organisationen anschließen, weil die gewerkschaftlichen Zentralverbände ihnen als sozialdemokratische Organisationen geschildert werden; denn gerade der Sozialdemokratie dankten die Gewerkschaften wichtige Gesetzesbestimmungen, die ihnen den Weg für die Entwicklung freigemacht haben, den sie in den letzten Jahren genommen. Der Zuwachs, den die Zentralverbände auch für 1906 wieder aufzuweisen haben und der um 24 000 Mitglieder größer ist, als die gesamte Mitgliederzahl aller christlichen Gewerkschaften und dreimal größer als die Mitgliederzahl der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, läßt erkennen, daß die Arbeitermassen der Belehrung nicht unzugänglich sind und daß die Arbeiter immer mehr einsehen, daß man sie nur von der richtigen Vertretung ihrer Interessen abzuhalfen sucht, wenn man die Gewerkschaften als sozialdemokratische Organisationen berschreit. Dieses Vertrauen auf die Arbeiterchaft und auf die Zukunft der Gewerkschaften wird hoffentlich der Bericht für 1907 aufs neue stärken und kräftigen.

Geraus mit dem wöchentlichen Ruhetag!

Vor mehr als zwei Jahren wurde durch die Organisation der erste Ansturm genommen, um in die kulturwidrige sieben-tägige Arbeitswoche Breche zu legen. Allgemein wird anerkannt, daß ein Draufloskufen jahraus, jahrein frühzeitig den menschlichen Organismus zerrütet und die ganze Berufskategorie um so früher der Degeneration entgegengetrieben wird. Doch diese Begleitercheinung einer unvernünftigen Arbeitsmethode kümmert das Unternehmertum blutwenig; im Gegenteil, es sträubt sich mit Händen und Füßen, der Neuzeit entsprechende Reformen mit bewirken zu helfen. Den Arbeitgebern ist das kleinste ein Greuel, welches auf Verringerung der ökonomischen Lage bei den Arbeitnehmern abzielt. Nur in den immerwährenden Frontkämpfen der „Untergebenen“ erblicken sie die Sicherheit für die Anhäufung von enormen Gewinnen und Ueber-schüssen. Wenn nun endlich bei den Entrechteten mehr der Mensch in den Vordergrund tritt, als das durch mörderische Ausbeutung gefasene Vieh, so ist das ein erfreuliches Zeichen der gewerkschaftlichen Aufklärungsarbeit.

So erlebten wir am Anfang des Jahres 1906 in unseren Petitionsversammlungen eine Begeisterung unter der Gehilfenschaft, wie eine solche noch niemals zu verzeichnen war. Selbst der gewaltige Sieg, der durch die Inkraftsetzung der Bundesratsverordnung über die reaktionären Innungen erklämpft wurde, stellte die damalige Begeisterung weit in den Schatten gegenüber derjenigen bei der Ruhetagsbewegung. Wie eine Welle von unendlicher Dimension wälzte sich der Ruf:

Geraus mit dem wöchentlichen Ruhetag!

durch alle Gauen. In jedem Kulturstaat wird einer solchen Bewegung von nach Tausenden zählenden Einwohnern Rechnung getragen. Erlebten wir doch in Italien, daß durch das Auftreten unserer Bruderverorganisation das italienische Ministerium gezwungen wurde, zur Befreiung der Nachtarbeit in Aktion zu treten. Nur in Deutschland kann sich der Bundesrat, gestützt durch die Reaktion, erlauben, Arbeiterforderungen nicht zu würdigen. Nur im Lande der „hollens Kompostschüssel“ darf die Ausbeutung kraft des Gesetzes Triumphe feiern, und kein Gesetzgeber kümmert sich darum, wenn im Interesse einzelner die große Masse unter kulturwidrigen Zuständen leiden muß. Dem Drängen der wenigen, die von unserer Arbeitskraft leben, hat der Bundesrat stattgegeben, und noch heute harren wir der Erledigung unserer Ruhetagspetition.

Durch fortwährende Aufklärungsarbeit und das gewaltige Anwachsen unserer Organisation gelang es uns mittlerweile, auf dem Wege der Selbsthilfe in einigen Städten Breche in die sieben-tägige Arbeitswoche zu legen. Die Reaktion konnte das bei unseren Kämpfen nicht hindern, was ihr durch eine unwahrscheinliche Gegenpetitionsbewegung beim Bundesrat gelungen ist, nämlich den Ruhetag uns vorzuenthalten. Dieser Vorgang bildete unzweifelhaft einen Wendepunkt in der sozialpolitischen Geschichte der Herren am grünen Tisch. Die Erfolge in Hamburg, Altona, Berlin konnten den Innungsgezwungen, selbst bei größter Anstrengung, nicht aus der Welt gelogen werden. Und so bequeme sich endlich die Gesetzgebungs-maschinerie, sich in Bewegung zu setzen. Jetzt hören wir, daß von den Gewerkschaften Gutachten abgegeben werden. Sonderbar ist, daß sich die Herren vom grünen Tisch nicht auch bei denjenigen Faktoren erkundigen, die wegen der praktischen Durchführbarkeit am besten Auskunft geben könnten. Das sind zweifellos die Ortsverwaltungen in Hamburg und Berlin, die gewiß sehr gern bereit sind, den Gesetzgebern wahrheitsgetreue Auskunft zu geben. Ueber den kulturellen Wert des wöchentlichen Ruhetages Gutachten einzufordern, dieser Blamage wird sich der Bundesrat nicht aussetzen. Gegenteilige Ansichten kann er nur bei den reaktionären Innungen und im Zentralvorstand des „Germania“-Verbandes hören. Aber jeder rechtlich denkende Mensch wird ihm die Auskunft geben, die in unserer Petition angeführt wurde.

Es ist darum erklärlich, daß sich die Arbeitgeber anderweitig Sulfurs holen und zu dem Zweck in das Gesellenlager herabsteigen. Dort wird dann versucht, den wöchentlichen Ruhetag als das reulische Werk des „sozialdemokratischen“ Gesellenverbandes hinzustellen, der nur auf Mittel und Wege sinnt, wie dem Kleinhandwerker am raschesten der Garau zu machen ist, aber weit davon entfernt ist, für die Gehilfenschaft Verbesserungen zu erstreben. Nur von dieser Demagogie getragen, jagten sich die Macher der Innungen, wir müssen ebenfalls „Sozialpolitik“ betreiben. Aber wie kann es am besten geschehen, ohne sich selbst ins Felsen zu schmeißen? Endlich war der erlösende Gedanke gefunden in der Form einer zweiundzwanzig-stündigen Sonntagruhe. Geschickt ist das eingefädelt, das muß man den Machern lassen. Erstens geben sie sich den Anschein der unbegrenzten Arbeiterfreundlichkeit und sie finden Dumme, die in die gestellte Falle laufen. Zweitens tritt dadurch weder relativ, noch absolut eine Verkürzung der Arbeitszeit ein. Genau wie heute in einzelnen Gegenden mit der freiwilligen Sonntagruhe die Verkürzung der Arbeitszeit durch die den Tag vorher geleistete Ueberarbeit illusorisch gemacht wird, ebenso wird das auch bei der Einführung der allgemeinen Sonntagruhe eintreten. Durch den von uns geforderten Ruhetag soll ja eine effektive Arbeitszeitverkürzung mit herbeigeführt werden, das merken auch die Innungshäupter, darum auch ihre „Sozialpolitik“ auf Schleidwegen. Ein weiterer Trumpf, den gleichzeitig die Innungsführer auspielen wollen, ist der gegen unsere Organisation. Besser können die Herren keine Gelegenheit finden als jetzt bei dem Hervorholen ihrer Arbeiterfreundlichkeit, die nun allen Gesellen ihr „mildreichs“ Herz beweisen und die Verführten von ihrem falschen Pfade abbringen soll. Ja, die Gelegenheit, zwei Fliegen auf einen Schlag zu treffen, war noch nie günstiger als jetzt.

Die Unternehmer sind aber so schlau und feigen nicht selbst in die Kampfarena, sondern ihr Söldnerheer wird gegen uns losgelassen. Unser Kampf für den Ruhetag wird also diesmal nach zwei Seiten zu führen sein, und zwar Aufklärung zu schaffen über die hohe Bedeutung der sechs-tägigen Arbeitswoche mit dem Hinweis der Durchführbarkeit auf Desterreich, dann die Machinationen und Kulissenarbeit der Hauptlinge im „Germania“-Verbande aufzudecken und endlich müssen wir die Schlammflut von Verleumdungen auf die Drahtzieher selbst zurückleiten. Selbst das verwertliche Mittel der Verleumdung, das von den Gegnern dazu ganz besonders angewendet wird, wenn es sich um eine heilige Sache der Gehilfenschaft handelt, wird niemals im Stande sein, daß wir nur um Fingerbreite von unseren Forderungen abweichen. Heute ist die Erkenntnis von der hohen Bedeutung des wöchentlichen Ruhetages so tief in

die Massen gedrungen, daß durch die gemeinlichen Demagogensfreiche der Gegner wir in unserem Vorwärtsmarsch nicht im geringsten gehemmt werden können.

Unsere Arbeitstagerversammlungen müssen nicht nur zu einem vordringenden Protest werden gegen den Bundesrat, der den Innungen zuliebe unsere Petition 9/10 Jahre unbeachtet ließ, sondern sie müssen der unmorganisierten Kollegschaft die Augen öffnen, daß ihre Interessenvertretung nur in der gewerkschaftlichen Organisation, dem Deutschen Bäder- und Konditorenverbande ist. Alle anderen Vereine und Verbände wirken gegen die Interessen der Gehülfsenschaft, darum gilt auch diesen unser Kampf.

Zur Arbeitslage.

Ueber die Lage des Arbeitsmarktes im verflossenen Monat schreibt das Reichsarbeitsblatt in seiner neuesten Nummer: Die Verhältnisse auf dem gewerblichen Arbeitsmarkt stellen sich im allgemeinen günstig. Ein Umschlag in der gesamten Konjunktur ist nirgends eingetreten. Der Kohlenbergbau war nach wie vor sehr stark beschäftigt; in der Metall- und Maschinenindustrie hatten die berichtenden Betriebe im allgemeinen eine durchaus günstige Beschäftigung zu verzeichnen, wenn auch aus einzelnen Kreisen ein gewisses Nachlassen der Aufträge gemeldet wird. Die gute Konjunktur in der elektrischen und chemischen Industrie hat weiter angehalten, und ebenso war die Lage in der Textilindustrie im allgemeinen nicht ungünstig, abgesehen von einigen Bezirken, die unter Beschäftigungsmangel zu leiden hatten. Die Verhältnisse im Baugewerbe wurden lokal durch Streiks und Ausperrungen stark beeinflusst; im allgemeinen gestaltete sich die Baukonjunktur jedoch günstig. In einem großen Teil der Industrien machten sich die bekannten Saisoninflüsse geltend. Insbesondere erfolgte wegen der ungünstigen Witterungsverhältnisse der Rückstrom an Arbeitskräften aus Bädern und Kurorten dieses Jahr früher als sonst. Die Landwirtschaft hatte großen Bedarf an Arbeitskräften, der durch die Witterungsverhältnisse noch erhöht wurde, indessen nur zum kleinen Teil befriedigt werden konnte. Die an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Krankenkassen hatten eine Beschäftigungsziffer von 11441 Personen mehr als im Vormonat. Gegen das Vorjahr zeigte sich eine Zunahme von 22 892 Personen.

Die Berichte der Arbeitsnachweise lauteten gleichfalls günstig, insbesondere haben sich die Verhältnisse auf dem Berliner Arbeitsmarkt gebessert.

Bei 628 an das Reichsarbeitsblatt berichtenden Nachweisen betrug im Monat August die Zahl der männlichen Arbeitsuchenden rund 177000, denen rund 153000 offene Stellen und rund 119000 Vermittlungen gegenüberstehen, für weibliche Arbeitsuchende rund 43000 Gesuchen 55000 offene Stellen und 30000 Vermittlungen gegenüber. Bei den Facharbeitsnachweisen der Bäder waren gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres 208 Arbeitsuchende, 187 offene Stellen und 686 belegte Stellen mehr eingetragener.

Wie sich die Vermittlungstätigkeit der einzelnen Nachweise gestaltet, zeigt nachfolgende Aufstellung. Es entfielen auf den Arbeitsnachweis:

| Arbeitsnachweise | Stellen | |
|--------------------------------------|---------|---------|
| | offene | belegte |
| Brotbackenverband der Bäckereimengen | | |
| Öffnungsbau | 56 | 44 |
| Parteiliche Arbeitsnachweise | | |
| Aufsicht Berlin | | |
| Abteilung für Bäder | 1078 | 868 |
| Bäderverwaltung | | |
| Concordia, Berlin | 232 | 232 |
| Germania I, Berlin | 695 | 499 |
| Germania II, Berlin | 309 | 207 |
| Frankfurt a. d. O. | 31 | 29 |
| Hannover | 62 | 68 |
| Hessen | 133 | 128 |
| Köln | 52 | 50 |
| Kreuzland | 290 | 286 |
| Leipzig | 117 | 112 |
| München | 59 | 27 |
| Nürnberg | 140 | 94 |
| Frankfurt a. M. | 109 | 99 |
| Düsseldorf | 6 | 18 |
| Rheinland | 469 | 265 |
| Rheinland | 36 | 30 |
| Sachsen | 189 | 184 |
| Sachsen | 272 | 265 |
| Sachsen | 315 | 295 |
| Sachsen | ? | ? |
| Frankfurt i. Badegau | 60 | 57 |
| Frankfurt | 69 | 34 |
| Frankfurt | 98 | 76 |
| Frankfurt | 178 | 107 |
| Frankfurt | 62 | 67 |
| Frankfurt | 56 | 39 |
| Frankfurt | 410 | 458 |

Die Zahl männlicher Entlassener betrug 5576 (Vormonat 5304), die Zahl der offenen Stellen betrug 4728 (4543), belegte Stellen 4511 (4277) Stellen. Auf je 100 offene Stellen kamen und 116 Arbeitsuchende gegen 114,5 im Vormonat. Von den Stellen waren 92 mit Arbeitslosen.

Die Zunahme sowohl der Arbeitsuchenden als offenen und belegten Stellen gegen das Vorjahr zeigt, daß die Jahresarbeitsnachweise besser imstande sind, eine Besserung der Arbeitslage her zu bringen, als es bisher der Fall war. Die Erregung in der Zahl der Arbeitsuchenden ist besonders groß, als die Zahl der offenen Stellen. Das eine Ergebnis der Arbeitslage nicht eingetreten ist, zeigt auch ein Vergleich der Arbeitsnachweise mit dem Vormonat. Es sind 372 oder 7,1 % Arbeitsuchende, dagegen nur 185 oder 4,9 % offene Stellen mehr gemeldet worden. Auf je 100 Stellen entfielen daher mehr Arbeitsuchende als im Vormonat. Hinsichtlich der Vermittlungstätigkeit ist zu bemerken, daß die Zahl der Vermittlungen im Vergleich mit dem Vormonat um 1000 Stellen zugenommen hat, was ein gutes Zeichen ist, da die Zahl der Arbeitsuchenden sich um 1000 Stellen mehr erhöht hat. Ein solches Ergebnis zeigt, daß die Vermittlungstätigkeit sich im allgemeinen gebessert hat, was ein gutes Zeichen ist, da die Zahl der Arbeitsuchenden sich um 1000 Stellen mehr erhöht hat.

Wenn, wie der Chemnitzer Nachweis schreibt, täglich 10 bis 15 Stellen nicht besetzt werden konnten, warum hat man dann die älteren Gesellen nicht eingestellt, sondern sie nur zu Ausbilden herangezogen? Im allgemeinen ist zu sagen, daß sich die Arbeitslage in unserem Beruf, soweit man aus den Angaben der Innungsnachweise Schlüsse ziehen kann, nicht verbessert hat.

Lohnbewegungen und Streiks.

Aus Elberfeld. Sechs Rutscher, darunter zwei zu unserer Organisation gehörig, legten Differenzen halber bei der Firma Heineberg & Co., am Montag, den 28. September, die Arbeit nieder. Daraus wurde ein Bäcker von der Betriebsleitung aufgefordert zu fahren und, als dieser ablehnte, gefänglich. Da auch schon einige Tage vorher aus nichtsflegenden Gründen einem Bäcker gefänglich war, erklärten sich die Bäcker mit den Rutschern solidarisch und stellten folgende Forderungen: 1. Anerkennung eines Tarifs; 2. Zurücknahme der Kündigung der Bäcker; 3. Einstellung sämtlicher Rutscher; 4. Entlassung des Hölzerhofs (eines Rutschers).

Obwohl Herr Heineberg meinte: „Und wenn es 10 000 kostet, ich bewillige nicht!“ so wurde er doch eines anderen belehrt. Es war ihm wohl gelungen, mit Hilfe des Automobils, gleich am ersten Tage die Bäcker zu erfassen, doch mußte er bald einsehen, daß er mit solchen Exzessen nicht weit kam und bahnte schon am Mittwoch, den 25., Verhandlungen an. Am Freitag wurde eine Einigung erzielt und zwar wie folgt: 1. Der Tarif, der mit den Vergleich-Marktschiffen Tarifabschlüssen abgeschlossen, wird anerkannt. 2. Sämtliche Bäcker werden wieder eingestellt und die Streikbrecher entlassen. 3. Eingestellt werden von den sechs Rutschern drei (die anderen befinden sich bereits in Stellung). Das war der Erfolg eines viertägigen Kampfes und hoffen wir, daß der Betrieb nun nicht mehr einem Landesschlag gleich. Auch die Kollegen, die dem Verband noch fern stehen, mögen daraus ersehen, daß die Herrlichkeit eines Streikbrechers nur von kurzer Dauer ist.

Zur Maßregelung in der Casseler Brotfabrik.

Herr Siebert wurde in der bürgerlichen Presse tüchtige arbeitswille Bäckergejellen außer Logis und ohne Kost bei gutem Lohn. Demnach müssen noch nicht genügend Arbeitswille vorhanden sein. Außerdem befindet sich in einem Irrtum, wenn er in den Arbeitswillingen „tüchtige“ Bäckergejellen sieht. Er wird sich wohl noch an das Jahr 1903 erinnern, wo sein jenseitiger Obermeister Stimmen nach dem Wäckerpreis anlässlich der Streikabrechnung in einer Innungsverammlung den Ausspruch tat: „Die Streikbrecher sind weder warm noch kalt, vielmehr laue, zweifelhafte Elemente.“ Wir glauben, daß diese Einschätzung auch bald beim Jubiläum E. eintrafen wird. Es wird den Arbeitswillingen in den Inseraten „Stellung bei gutem Lohn“ zugesichert. Bei welchem Lohne mag wohl bei Siebert der „schlechte“ Lohn aufhören und der „gute“ Lohn beginnen? Oder glaubt er, daß die bisher von ihm gezahlten Löhne — 21 bei 72stündiger Wochenarbeit — als „gut“ zu bezeichnen sind? Er selbst dürfte wohl kaum geneigt sein, die Probe auf's Exempel zu machen und sich bereit erklären, mit seiner Familie mit dem „guten“ Lohne von 21 wöchentlich hauszuhalten. Freilich, hier handelt es sich ja nicht um Jubiläum, sondern um Arbeiterlöhne! Und das ist doch nach Arbeitsverlogist ganz etwas anderes. Siebert könnte die verlangte Lohnserhöhung von 2 pro Mann und Woche leicht zahlen, wenn er die Ware nicht zu einem so niedrigen Preise an die Feinschmecker bringen würde. Er gibt beispielsweise das Vierpfundbrot, wenn es ganz neu im Geschäft abgeholt wird, zu 42 ¢ ab. Der Arbeiter profitiert von dieser Verzehrfähigkeit nicht, weil er niemals in der Lage ist, ein solches Quantum einzukaufen. In den Betrieben lauern gegenwärtig folgende Personen arbeitswillingen: Bäckereimeister, Backmeister, Schreiner, Oberbäcker, Bäckereimeister, Hausmann und Bäckermeister. Früher drei wurden nicht gewährt, sie durften weiter arbeiten. Schreiner und Bäckereimeister dem Bäckereimeister als Mitglieder an. Der Fabrikant muß mit der Lösung der Arbeitswillingen nicht besonders zufrieden sein, sonst würde er nicht übermüde auf Arbeitswillingen ansetzen. So mußte es kommen, weil die wütigen Forderungen kurzweilig ausgeführt wurden. Die langjährigen tüchtigen Arbeitskräfte können so leicht nicht ersetzt werden.

Herr Siebert muß blöhen! Vor dem Gewerbegericht hat geklagt die von den vier gewagregelten Bäckergejellen der Casseler Brotfabrik gegen den Inhaber derselben, Herrn Siebert, angeführte Entlassungsbefehle zur Verhandlung. Sie endete mit der Verurteilung Sieberts zur Zahlung eines Lohnes für 1 1/2 Woche. Es wird uns mitgeteilt, daß der bereits erwähnte Arbeitswille nicht der Lohnkelles sei, sondern der frühere Bäckereimeister, jetzige Kolonialwarenhändler Sell, wohnhaft Gede Rennweg und Erwinweg.

Siebert bemerkt allen, die es wissen wollen, daß die ausgesetzten Stellen von Bäckergejellen besetzt sind. Also arbeitswille Elemente hat er in genügender Anzahl gefunden, die ihn bei „gutem“ Lohn Profite und Mehrwerte in die Tasche jagen. Der Betrieb ist besetzt und die Wäckernehmer werden sich mit den Löhnen abfinden. Es könnte aber auch anders kommen, und der Stadtschreiber aus dem Arbeiterstande läßt Siebert, wenn jeder Arbeitswillingen nicht nur die Ware produzieren, sondern auch verpacken. — Bezüglich des arbeitswillingen Bäckers Regel Lomigk haben wir die Mitteilung zu machen, daß derselbe noch niemals der Organisation angehört. 2. Inwieweit nämlich der Verbandslinien vor, er sei im überregenden Verbande organisiert, sei Grund dessen wurde er als Verbandslinien angesehen. Einvernehmliche Einigungen von der überregenden Organisation haben ergeben, daß der arbeitswille Regel noch niemals organisiert war. Es lautet daher nur ein ehemaliges Verbandslinien, der Oberbäcker Schreiner, bei Siebert arbeitswillingen.

In der Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik von Kurt, Kasper & Co., Berlin, Reindendorferstraße.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Streik getreten, da der Inhaber für Verhandlungen über einen neuen Tarif — der aber vor dem 30. September d. J. abgeschlossen — nicht zu haben war. Eingehender Bericht über die Bewegung wird folgen. Wir bitten dringend, jeden Bezug streng fernzuhalten.

In der Kaffee- und Zuckerfabrik von Gebrüder Morlang, Zuhaber Lemke, Hamburg-Wülstentamp, sind gleichfalls Differenzen ausgedrochen, da die Fabrikleitung den im vorigen Jahre abgeschlossenen Tarif nicht einhielt und Verhandlungen mit der Organisation ablehnte. Ein Beschluß über weitere Schritte steht zur Zeit seitens der Arbeiterschaft noch aus. Auch hier ist Bezug streng fernzuhalten.

Aus der Konditorei-, Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie.

Achtung!! Konditoren, Schokoladen- und Zuckerwarenarbeiter und Arbeiterinnen! Als erster und recht schöner Erfolg unserer Organisation nach der Verschmelzung ist die soeben beschriebene Lohnbewegung unserer Nürnberger Zahlstelle zu begrüßen. Wohl waren schon immer unsere Nürnberger Kollegen der Beschäftigten an der Spitze der Organisation und haben durch ihre Einigkeit allen anderen das beste Beispiel, so daß auch ihre Erfolge gegenüber den Unternehmern schon stets höchst beachtenswerte waren; aber die verhältnismäßige Schwäche unserer früheren Organisation hatte sie doch gezwungen, ihre Forderungen immer auf ein höchst bescheidenes Maß zu reduzieren. Im Vertrauen auf die jetzige Kraft des Gesamtverbandes konnten und mußten sie wenigstens beanspruchen, daß die Lohnbewegung ihnen einen leidlichen Ausgleich mit den gestiegenen Preisen der Lebensmittel bringe, und sie waren auch sehr entschlossen, sich wenigstens so viel zu erkämpfen. Sie waren gut gerüstet. Die Organisation hatte große Fortschritte gemacht und alles war schlagfertig. Aber das wußten auch die Unternehmer, und daß sie in letzter Stunde doch noch einlenkten, hat sie vor großen Verlusten bewahrt. Was die Arbeiterschaft erreichte, ist ja immer noch das Mindeste, was heute gefordert werden muß, und wir erwarten, daß das Unternehmertum in Nürnberg die Abmachungen nicht nur in loyalster Weise hält, damit Differenzen in der Vertragszeit überhaupt nicht in die Erscheinung treten, sondern daß auch solche Wünsche, die im Tarif nicht geregelt werden konnten, einer unbefangenen Prüfung unterzogen werden.

Möge aber nun endlich auch überall die Organisation auf die gleiche schlagfertige Höhe gebracht werden wie in Nürnberg. Denn dieser Schlagfertigkeit ist es einzig und allein zu verdanken, daß der Tarif ohne Kampf zu stande gekommen ist. Vorwärts! Die Zeit der Arbeit ist da, und wenn in den einzelnen Verbänden jeder seine Pflicht getan hat, wird auch der Gesamtverband dahinterstehen.

Wir lassen nunmehr den eingehenden Bericht und den Tarif selbst folgen. Der Gauleiter berichtet:

Einen schönen Erfolg haben unsere Kollegen in Nürnberg zu verzeichnen. Die Herren Fabrikanten haben sich doch noch gefügt, daß es wohl besser sein wird, die Wünsche, welche in der schon mitgeteilten Resolution enthalten sind, zu berücksichtigen. Nachdem ihnen letztere am Montag, dem 28. September, per eingeschriebenem Brief zugesandt war, hielten sie am 24. September, Vormittags, eine Sitzung ab, welche zur Folge hatte, daß am Nachmittag dem Kollegen Lämmermann folgendes Schreiben überreicht wurde:

Unter Bezugnahme auf Ihre gestrige Zuschrift wollen wir Ihnen Gelegenheit zu einer Aussprache geben und dieselbe auf Donnerstag, den 26. September cr., Nachmittags 3 Uhr, im Kontor der Firma Heinrich Haberelein festsetzen, wozu wir Ihre uns bekannt gegebene Tarifkommission, bestehend aus den Herren Lämmermann, Tröger, Rosenbauer und Gagner, erwarten.

Achtungsvoll
F. A. der Nürnberger Lebkuchensfabrikanten:
Heinrich Dickger.

Nun galt es, sich über alles nochmals klar zu werden, wozu noch am gleichen Tage eine Kommissionsitzung stattfand. Mit deren Meinung versehen und von dem Gedanken getragen, einen richtigen Tarif zu stande zu bringen, begaben wir uns am 26. September zur festgesetzten Stunde zu den Verhandlungen. Eintracht und gegenseitige Vorliebe ließen den Eindruck zurück, daß eine Einigung wohl zu erwarten war. Herr Heinrich Messer, Kommissionsrat, leitete die Verhandlungen ein, indem er hervorhob, es möge die Aussprache dazu beitragen, auf friedliche Weise die schwebende Frage zu lösen. Hierauf übertrug Kollege Lämmermann kurz, weshalb man eine Lohnforderung stellte, und begründete die hauptsächlichsten Punkte: Arbeitszeiterhöhung, Lohnserhöhung, Tarifabschluß und Tarifdauer.

Hierauf trat man in die Beratung des ersten Punktes ein, wozu von den Herren Fabrikanten, insbesondere aber von Herrn Staudt sen. (Firma Haberelein) betont wurde, daß diese Frage eine Prinzipienfrage darstelle und darauf nicht eingegangen werden könne, da in Nürnberg ja bereits längere Arbeitszeit als in den anderen Konkurrenzbetrieben in Norddeutschland eingeführt sei. Alle Begründungen, daß wohl kein Produktionsausfall zu erwarten sei und selbst Vorteile für die Fabrikanten dabei herauskämen, nützten nichts, so daß Kollege Gagner den Vorschlag machte, diesen Punkt zurückzustellen und die Lohnfrage zu besprechen. Nach längerer sachlicher Beratung und nachdem wir jetzt auf unserem Standpunkt beharrten, machten die Herren Fabrikanten den Vorschlag, jetzt 20 ¢ und ab 1. Januar 1908 10 ¢ pro Stunde mehr geben zu wollen. Nachdem wir aber den Herren vorgerechnet hatten, daß diese Lohnserhöhung nicht ausreichte, um die immer mehr steigenden Ausgaben zu decken, da man z. B. gegen früher für die Familie jetzt pro Tag schon 10 ¢ mehr für Brot auszugeben habe, machte Herr Staudt sen. für sich den Vorschlag, 30 ¢ geben zu wollen, wenn wir die Frage der Arbeitszeiterhöhung fallen ließen und den Tarif bis 1911 festlegten.

Hierauf zog sich die Kommission zurück und machte nachher folgenden Vorschlag: Ab 1. Oktober 1907 30 ¢ mehr pro Tag, ab 1. Januar 1908 10 ¢ Zulage und ab 1. Oktober 1908 Verfürzung der Arbeitszeit von 57 ¢ auf 56 1/2 ¢ Stunden pro Woche.

Die Herren Fabrikanten hatten unterdessen dem Vorschlag des Herrn Staudt zugestimmt und waren von diesem Beschluß nicht mehr abzubringen, so daß man diese Punkte nochmals zurückstellte und in die Beratung der übrigen Punkte trat. Diefelben waren schneller erledigt, da in dem einen Punkt wir, in dem anderen die Arbeitgeber entgegenkamen. Nachdem man sich über diese Punkte geeinigt hatte, glaubten die Kommissionsmitglieder auch in den übrigen Punkten eine Einigung zu erzielen; es müßte aber alles nichts, so daß die Kommission nur unter Vorbehalt der Zustimmung der kommenden Versammlung den Tarif annahm. Kollege Gagner betonte aber

gleich, daß er beabsichtige, nochmals kommen zu müssen, und daß die Herren, die Zeit zur weiteren Verhandlung oder Unterzeichnung des Tariffes bestimmen zu wollen. Man bestimmte hierauf Samstag, den 28. September, Vormittags 10 Uhr. Am 28. September, Abends 8 1/2 Uhr, fand Versammlung statt. Dieselbe war so stark besucht, daß kein Stuhl und Tisch mehr zu haben war und viele, die infolge von Nacharbeit später kamen, keinen Platz mehr fanden und im Gaussturz, und in der Garderobe Aufstellung nehmen mußten.

Kollege Gahner schilderte die Verhandlungen. Er meinte, daß das Erreichte wohl nicht jeden befriedige, aber in Anbetracht der Verhältnisse würde es besser sein, den Tarif anzunehmen, da er den Grundstein zum weiteren Aufbau bilden werde. Die Diskussion war recht lebhaft, aber sachlich. Alle waren sich einig, daß wohl 80 % pro Tag nicht von der Hand zu weisen seien, daß es ferner recht erfreulich sei, daß die Anfangslöhne der Arbeiterinnen auf M. 10,20 gestellt sind, aber sich auf 8 1/2 Jahre festzulegen, sei eben zu lange, da reichliche Zuzugelände noch nicht aus. Um Mitternacht fand dann folgende Resolution einstimmige Annahme:

Die heutige Versammlung, welche von sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen der Backwaren- und Bäckereifabriken besucht ist, beauftragt die Lohnkommission, in bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse nochmals bei den Herren Fabrikanten vorstellig zu werden. Die Versammelten erwarten zu den bisherigen Zugeländnissen in obigen Punkten unbedingt noch ein Entgegenkommen, da die Tarifdauer eine zu lange ist, die Teuerungsverhältnisse zu enorm sind und aller Wahrscheinlichkeit nach auch bleiben werden.

Diese Resolution wurde am Samstag, den 28. September, den Herren vor Beginn der weiteren Verhandlungen mit einem kurzen Anschreiben überreicht. Nach kurzer Beratung der Herren, welche sämtlich wieder erschienen waren, wurden auch wir gerufen und es begannen die Verhandlungen von neuem. Wir gaben die Meinung der Versammlung kund und nach kurzer Beratung wurde die Frage angeschnitten, ob wir einen Punkt fallen lassen würden, wenn der andere erfüllt werde. Die Kommission bejahte dies unter dem Hinweis, daß sie alles daranlegen werde, den Tarif zur Annahme zu bringen. Damit die Herren einen Beschluß fassen konnten, verließen wir das Beratungszimmer. Nach kurzer Zeit konnten wir wieder eintreten, worauf uns die Herren mitteilten, daß sie fünf Minuten längere Weispause genehmigen wollten. Da diese Arbeitszeitverlängerung einer solchen nicht gleichkommt, machten wir den Vorschlag, die Herren möchten ab 1. Oktober 1908 pro Woche 60 % mehr Lohn gewähren. Noch einmal mußten wir das Zimmer verlassen, damit die Herren unter sich beraten könnten. Beim Wiedereintritt wurde uns gesagt, daß, um endlich eine Erledigung herbeizuführen, die Herren Fabrikanten unserem Vorschlag zustimmen, daß aber erst ab 1. Januar 1909 diese 10 % pro Tag Mehrbezahlung erfolge; dieses akzeptierten wir. Hierauf brachten wir noch einige kleinere Wünsche vor, welche bereitwillig erfüllt wurden. Nach einer Stunde war der Vertrag vervollständigt und von den Beteiligten unterzeichnet. Derselbe hat folgenden Wortlaut:

Tarifvertrag.

Zwischen den unterzeichneten Firmen einerseits und dem Verband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands, Zahlstelle Nürnberg, andererseits wurde folgendes vereinbart:

- § 1. Die Arbeitszeit beträgt 57 Stunden pro Woche.
- § 2. Der Mindestlohn beträgt bei Eintritt ins Geschäft ab 1. Oktober 1907: für Konditoren und Lehrling pro Tag M. 3,50, für Bäcker und sonstige Arbeiter M. 3,10, für Arbeiterinnen M. 1,70; ab 1. Januar 1909: für Konditoren und Lehrling M. 3,60, für Bäcker und sonstige Arbeiter M. 3,20, für Arbeiterinnen M. 1,80 pro Tag.
- § 3. Alle händigen Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten ab 1. Oktober 1907 eine Lohnzulage von 30 %, ab 1. Januar 1909 eine weitere Zulage von 10 % pro Tag; grobe Feg- und Putzarbeiten der Arbeiterinnen werden pro Stunde mit 10 % Aufschlag bezahlt.
- § 4. Saisonarbeiter und -Arbeiterinnen werden nach den Lohnsätzen der Neueingestellten bezahlt.
- § 5. Für Ueberstunden und Sonntagsarbeit bleibt es bei der bisherigen Festsetzung.
- § 6. Für Trocken wird während der Saison je nach den Betrieben eine Vergütung von M. 1,20 bis M. 2 gewährt.
- § 7. Alle aus diesem Vertrage entstehenden Disputenzen sind gemeinschaftlich seitens der vertragsschließenden Firmen und der unterzeichneten Vertreter, des Verbandes der Bäcker, Konditoren und verw. Berufsgenossen Deutschlands, Zahlstelle Nürnberg, zu regeln.
- § 8. Vorstehender Vertrag tritt am 1. Oktober 1907 in Kraft und dauert bis 1. Oktober 1910, mit der Bedingung, daß allenfalls zu treffende Neuabmachungen erst mit dem 1. Januar 1911 in Kraft treten.

Wird der Vertrag nicht vier Wochen vor Ablauf von einem der vertragsschließenden Teile mittels eingeschriebenen Briefes gekündigt, so gilt der Vertrag stets stillschweigend als auf ein weiteres Jahr verlängert.

Nürnberg, den 28. September 1907.

Die vertragsschließenden Firmen:
F. G. Metzger, Heim. Häberlein, F. Ad. Richter & Co., F. Wolff, J. A. Kipfakt.

Für den Verband der Bäcker, Konditoren und verw. Berufsgenossen Deutschlands, Zahlstelle Nürnberg:
Heim. Gahner, Gauleiter, Andr. Lämmermann, Gg. Rosenbauer, Karl Tröger.

Um den Tarifvertrag endgültig zu genehmigen, fand am Sonntag, den 29. September, Vormittags 9 1/2 Uhr, eine geschlossene Mitgliederversammlung statt, in welcher wiederum Kollege Gahner berichtete. Er hob hervor, daß nun die Kommission ihr möglichstes getan habe und die Mitglieder den Tarif annehmen möchten. Auch betonte er, daß die Verhandlungen mit größter Sachlichkeit geleitet und ohne Erregung wie dieses oft der Fall ist geführt wurden. Die Herren eben die Organisation als verhandlungsfähig anerkannt. Daß nicht alle unsere Wünsche, insbesondere in bezug auf die Arbeitszeit, erfüllt wurden, sei kein Grund zur Ablehnung, denn damit müsse man von vornherein rechnen. Kollege Gahner empfahl, nunmehr auch die Wünsche in der Fabrik nicht zu vergessen, denn das würde uns bei späteren Tarifverhandlungen wieder zu gute kommen. Wer fordern will, habe auch Aufgaben zu erfüllen; das müsse jedem wahren Kollegen klar sein. Deshalb müsse fortan jeder allüberall seinen Mann

stellen, damit bei Ablauf des Tariffes schließlich andere Wünsche in Erfüllung gebracht werden können. Nach einer durchgehenden Zustimmungsdiskussion — nur wenige waren anderer Ansicht — wurde der Tarif gutgeheißen.

Hierauf ermahnte Kollege Gahner die Mitglieder, nicht nur zu Zeiten, wo für sie etwas herausspringe, laßter zu sein, sondern sich zu jeder Zeit als vollwertiges Verbandsmitglied zu zeigen. Daß nur durch Einigkeit und solbarrisches Zusammenhalten Erfolge erzielt werden können, müsse jeder bei dieser Bewegung begriffen haben. Dieser Erfolge sich würdig zu zeigen, muß das Bestreben eines jeden Kollegen und jeder Kollegin sein. Wer anders handelt und denkt, übt Verrat an seiner Arbeit, zur inneren Befestigung im gewerkschaftlichen Kampfe und Aufklärung der indifferenten Massen! Nur so werden uns in Zukunft neue Erfolge winken, zum Wohle jedes einzelnen, unserer Familien und uns selbst. Mit einem Hoch auf den Verband, schloß Kollege Lämmermann die massenhaft besuchte Versammlung und zugleich auch die diesjährige Bewegung, welche diesen noch in Erinnerung bleiben wird. Unter Absingen von Freiheitsliedern leerte sich der Saal, wobei noch viele sich gegenseitig versicherten, ihre ganze Kraft unserer Bewegung widmen zu wollen.

Bäckerei-Mißstände.

Bäckerei-Eldorado. Folgende Zuschrift erhielten wir von einem Kollegen: Ich war in Straßburg i. E. beim Bäckermeister Jakob Ziegler in Stellung. Die tägliche Arbeitszeit betrug 13 bis 14 Stunden, Sonntags nicht ausgeschlossen. Als ich mich beschwerte und auf die Bundesratsverordnung verwies, sagte der Herr Ziegler: „Das ist ja Kohl und steht auf dem Papier gut genug. Ich weiß nicht einmal, was alles darauf steht. Sollte Sie einmal ein Schuhmann anhalten, so sagen Sie nur, Sie sind Profifahrer!“

In der Schlafkammer ist weder Tisch noch Stuhl vorhanden, nur ein unverschließbarer Schrank; für weitere Mobilitäten wäre überhaupt kein Platz vorhanden. Während meines dortigen Aufenthalts ist weder das Bett noch die Kammer einer Reinigung unterzogen. Auf meine Beschwerde wurde erklärt: „Früher ist es gemacht worden; da sind aber die Gesellen immer Sachen abhanden gekommen und haben uns die Gesellen dann als Spitzbuben hingestellt! Seitdem ist es unterblieben.“ Da ist es kein Wunder, daß, wenn man seine müden Knochen in die Bettdecke strecken wollte, gleich Gesellschaft in Gestalt von Wanzen da war, die ein Einschlafen verhinderten. Wie in der Kammer, so sieht es auch in der Bäckerei aus. Ein Satz aber allem die Krone auf: Der Backofen wird von dem Sohn des Hauses zugleich als Klosett benutzt! Beschwerde nutzlos. — Es steht in der Nacht ja niemand! Das Schloßlein meinte, er wolle sich keine Erklärung zuziehen, deshalb ginge er nicht auf den Hof. — Die Mehlkammer ist vom Abort nur durch ein Drahtgitter und eine Tür getrennt, welche doch die meiste Zeit offen steht. Der Lohn betrug wöchentlich M. 8 bei mangelhafter Beschäftigung. Straßburger Gesellen bekommt der noble Herr nicht mehr, sondern nur Fremde auf kurze Zeit. Dieser Musterbetrieb nennt sich „Wiener Bäckerei.“ Kommentar überflüssig.

Wie es im oben geschilderten Betriebe ist, wird es noch in vielen anderen Straßburger Bäckereien sein, zumal betreffs der Arbeitszeit. Abends um 10 Uhr wird angefangen und am anderen Nachmittag 1 Uhr sieht man die Gesellen noch mit dem Korb auf dem Rücken!

Ob die löbliche Straßburger Polizeibehörde nicht etwas von ihrer so karg bemessenen Zeit übrig hat, um mal diese Musteranstalten zu kontrollieren? Vielleicht könnte sie die Ueberwachung von etlichen Versammlungen mal ausfallen lassen! Oder ist das vielleicht wichtiger?

Straßburger Kollegen! Wenn Ihr Euch nicht länger als Sklaven von den Meistern ausbeuten lassen und untergeordneten Verhältnissen leben wollt, dann hinein in den Deutschen Bäcker- und Konditorenverband! Er allein vertritt Eure Interessen. Nur durch Einigkeit könnt Ihr bessere Zustände erringen! Vereinigt seid Ihr nichts — vereint alles! Solange Ihr aber Peil noch in Klimbimbereiten sucht, solange werdet Ihr den Herren vom Backtrog willige Ausbeutungsobjekte sein. Darum organisiert Euch!

Ein Musterbetrieb. Ein Kollege schreibt uns: „Ich trat am 19. September d. J. beim Bäckermeister A. Bender, Beshdorf a. d. Sieg (Rheinland), in Arbeit. Wenn mir auch von verschiedenen Seiten schon vorher die dortigen Verhältnisse gerade nicht in besonders rosigem Lichte geschildert wurden, so wollte ich mich doch selbst von der Tatsache überzeugen, und ich muß sagen, es ist ein „wirkliches Eldorado“. Die Arbeitszeit beträgt in dem Betriebe 14 bis 16 Stunden täglich. Sonntags bis 10 Uhr Morgens. Regelmäßiger Beginn der Arbeitszeit 1 Uhr Nachts. Kalender und Bäckerverordnung hängen nicht aus. Wirkt man nur einen Blick in die Backstube, so merkt man sofort, daß Reinlichkeit und Ordnung dort nicht zu finden sind. Das ist auch leicht erklärlich, denn die Gefäße wechseln sehr oft. Die Backtücher starren vor Schmutz. Wasentopf und Backeimer werden kaum je gereinigt. Der Deckel auf dem Warmwasserbehälter schließt nicht, so daß Dreck und Staub ungehindert Zutritt haben. Und das Schlafkammer, in welchem der Geselle nach übermäßig langer Arbeitszeit kampieren muß, weist ähnliche Ordnung und Sauberkeit auf. Ich habe die segneten Gesinde dieses Bäckerparadieses schnellstens verlassen, aber vorher diesen Betrieb der zuständigen Gewerbeinspektion bestens empfohlen.“

Berichte aus den Mitgliedschaften.

Dem in Nr. 38 unter Leipzig gedruckten Versammlungsbericht gehörte die Ueberschrift Cera. Wir stellen dies hiermit richtig und bitten, es nachträglich zu beachten.

Berlin. Öffentliche Bäcker- und Konditorenversammlung am 23. September, welche sich mit der Forderung der gesetzlichen Einführung eines freien Tages in jeder Woche beschäftigte. Der Referent Schneider verwies darauf, daß die Bäckergejellen schon vor zwei Jahren um Durchführung dieser Forderung an den Bundesrat petitioniert hatten. Der Bundesrat hat diese Petition gar nicht beantwortet.

Gleichzeitig hatte damals der Germania-Zinnungsverband gegen die Gewährung eines Ruhetages petitioniert mit der Begründung, die Durchführung des Ruhetages würde das Bäckergewerbe ruinieren. Nun hat der diesjährige Berliner Streik einem großen Teil der Bäckergejellen den geforderten Ruhetag gebracht, ohne daß auch nur einer der betroffenen Bäckermeister dadurch geschädigt, geschweige denn ruiniert worden wäre. In Hamburg ist der Ruhetag durch Vertrag mit der Innung zum größten Teil durchgeführt, auch da hat man nur günstige Erfahrungen damit gemacht. Es scheint ja, daß der Bundesrat der Forderung des Ruhetages nicht mehr unbedingt ablehnend gegenüber steht, wenigstens werden zur Zeit Erhebungen über die Wirkung der Einführung eines Ruhetages ange stellt. Der Ausschuß des Berliner Gewerbevereins hat ein der Forderung günstiges Gutachten abgegeben. Die Einführung des Ruhetages würde eine Wohltat nicht nur für die Gesellen, sondern auch für die Meister sein. Wenn nun auch die Ausschüßten auf den gesetzlichen Ruhetag günstig sind wie vor zwei Jahren, so darf man doch nicht allzu große Hoffnungen auf die Reichsregierung setzen, denn wie immer, so sind ja auch diesmal wieder reaktionäre Mächte am Werke, um die begründete Forderung der Bäckerarbeiter zu hintertreiben. Andererseits sind aber die Bäckerarbeiter jetzt entschlossen, den wöchentlichen Ruhetag mit allen gesetzlichen Mitteln zu erkämpfen, falls sie ihn nicht durch Verordnung des Bundesrats bekommen sollten. Nach einer kurzen Diskussion, an der auch der Verbandsvorsitzende Kilmann teilnahm, erklärte sich die Versammlung einverstanden mit der Abendung einer Petition an den Bundesrat, welche die gesetzliche Einführung einer ununterbrochenen 36stündigen Ruhezeit in jeder Woche fordert. Ferner wurde folgende Resolution angenommen: „Die öffentliche Versammlung der Bäcker und Konditoren nimmt mit Befriedigung Kenntnis davon, daß nun endlich von Seiten der Reichsregierung Anhalten zur gesetzlichen Einführung eines wöchentlichen Ruhetages für alle Arbeiter und Arbeiterinnen im Bäcker- und Konditorengewerbe gemacht werden. Die Versammelten halten eine recht baldige gesetzliche Festlegung der sechsstündigen Arbeitswoche für die in Frage kommenden Arbeiter nicht allein im Interesse ihrer selbst, sondern auch im Interesse des gesamten Gewerbes für dringend notwendig, da nur hierdurch dem Bäckergewerbe sehr aufreibende wirtschaftliche Kämpfe um Durchführung dieser Forderung erspart werden. Die Versammelten halten es nämlich nach wie vor für ihre heiligste Aufgabe, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die Durchführung einer 36stündigen wöchentlichen Ruhezeit für alle Hilfskräfte im Bäckergewerbe zu wirken, und zwar so lange, bis diese ihre Forderung auf gesetzlicher Basis in befriedigender Weise geregelt ist.“ Die Versammelten gestatten sich nun, im Anschluß an ihre bereits im Herbst 1904 an den Hohen Bundesrat eingereichte Petition bezüglich der Ruhezeit für alle Hilfskräfte im Bäcker- und Konditorengewerbe nochmals ihren Standpunkt in dieser Frage klarzulegen. Die Versammelten halten 1. an der Forderung einer wöchentlich mindestens 36 Stunden (ununterbrochen) betragenden Ruhezeit für alle Gesellen und Lehrlinge, sowie für alle Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen im Bäcker- und Konditorengewerbe unbedingt fest; 2. erwarten sie, daß im Falle einer gesetzlichen Festsetzung eines der obigen Forderung entsprechenden Ersatzruhetages denjenigen Arbeitern und Arbeiterinnen, die sich bereits im Genuße der mindestens 36 Stunden betragenden Sonn- und Feiertagsruhen befinden, eine Garantie hierfür gegeben wird, und daß 3. alle diejenigen Regierungs- und behördlichen Verordnungen, welche die Arbeitsruhe an den hohen Festtagen Ostern, Pfingsten und Weihnachten bestimmen, durch eine Verordnung über den wöchentlichen Ruhetag nicht beseitigt werden, sondern in Kraft bleiben.“

Bremervorhaben. Öffentliche Bäcker- und Konditorenversammlung. Ueber „Die Ermäßigung eines 36stündigen Ruhetages in der Woche durch gesetzliche Verordnung“ referierte Kollege Konopia-Gesemünde. Redner führte aus, daß die Bäckergejellen zu den schlechtestgestellten gewerblichen Arbeitern gehören, und dieselben alle Ursache haben, für die Verbesserung ihrer Lage zu kämpfen. Er beleuchtete die Verordnungen, womit das Bäckergewerbe bis dato beglückt wurde, die aber für die Bäckermeister nur auf dem Papier ständen, denn von Einhaltung der Verordnungen könne doch unmöglich geredet werden. In Bremervorhaben sind es unsere eigenen Kollegen, welche uns hindern, diese Forderung energisch zu vertreten. Der größte Teil der hiesigen Bäckergejellen ist Mitglied bei der Bäckerbrüderchaft, ein Verein, der im Jahrwasser der Bäckermeister schwimmt und bei patriotischen Festlichkeiten als Purrajahreier mit blankgeputztem Zylinder zur Verfügung steht. Doch auch diese Leute werden noch einmal zur Vernunft kommen. Deshalb, Kollegen, müssen wir unsere Arbeit verdoppeln und agitieren, bis auch der letzte Berufskollege im Bäckerverbande organisiert ist. Nur dann haben wir die Macht in Händen, um eine geregelte Arbeitszeit zu erkämpfen. Nach kurzer Diskussion gelangte eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution zur einstimmigen Annahme.

Frankfurt a. M. Bäckergehilfenversammlung am 19. September. Dieselbe beschäftigte sich mit der Einrichtung resp. Aenderung des Arbeitsnachweises. Die Bäckerinnung unterhält dort einen Arbeitsnachweis. In dem Wartezimmer, wo die Arbeitslosen sich während der Errechnunden (10 bis 12 Uhr Vormittags und 8 bis 10 Uhr Abends) aufhalten, ist für 40 Personen Platz. Am 6. September erhielt nun der Stellenausschuss ein Schreiben von der Berufs- und Arbeitsnachweiskommission, worin gesagt wird, daß vom 9. September ab der Wartezimmer für die Arbeitsuchenden geschlossen ist. Auf Antrag des Stellenausschusses fand nun eine Sitzung der Arbeitsnachweiskommission statt, in der die Schließung damit begründet wurde, daß angeblich zwei Gefäße sich im Wartezimmer ungebührlich betragen hätten. Angenommen, dem wäre ja. Anstatt nun aber die Missetäter zur Rechenschaft zu ziehen, schließt der Innungsvorstand für alle arbeitssuchenden Gefäße die Tore. Und das nennt die Innung dann Pflege des guten Einvernehmens zwischen Meistern und Gesellen! Die Sache liegt jedoch tiefer. Die angeblichen Missetäter sind nämlich Indifferente, und da bezugt die Innung nicht den Mut, denselben eine Zurechnung zu teil werden zu lassen, weil man glaubt, dieselben vielleicht

einmal als Mausestreich gebräuchlich zu können. Nun stehen abendlich circa 40 Arbeitslose vor dem Hause und verjähren die Straße. Von allen Rednern wurde das Vorgehen der Innung aufs schärfste verurteilt. Durch Annahme einer Resolution erhielt die Organisationsleitung der Gefellensauschuss und die Tarifkommission Auftrag, unverzüglich geeignete Maßnahmen zu treffen, um eine Aenderung herbeizuführen resp. den Innungsnachweis gänzlich zu sperren. Was sagt übrigens die Aufsichtsbehörde hierzu? D. H. Im weiteren wurden Klagen geführt, daß viele Meister sich weigern, den Gehülften die tariflichen Ferien zu gewähren. Die betreffenden Meister sollen veröffentlicht werden.

In Fürth und Nürnberg fanden Versammlungen statt, welche gut besucht waren. Ungeteilten Beifall fanden die Ausführungen über die Inkonsequenz unserer Meister und deren unmündigen Jünglinge auf ihren „Festgelagen“ und Ausflügen. Daß diese Bäumchen nicht in den Himmel wachsen, dafür wird durch eine kräftige Aufsichtsarbeit in kommender Zeit gesorgt werden; denn Streifbrotcher finden überall Verachtung unter den bayerischen Kollegen.

Hannover, Dienstag, den 24. September, fand wieder eine Agitationsversammlung für Jüderwarenbetriebe statt, welche Kollege Weber leitete und in der Frau Baumann-Hamburg über das Thema: Die Frauen und die Arbeiterbewegung referierte. Sie schilderte die doppelte Sklaverei der Frau durch Hausarbeit sowie Lohn- und Akkordarbeit in der Fabrik und führte des näheren aus, daß auch die Frau nur durch die Organisation in die Lage versetzt werden könne, sich ihr Leben menschenwürdiger und angenehmer zu gestalten. Sie wies ferner darauf hin, wie sich die oberen Jehntausend der Hände Fleiß der Arbeitenden zu nütze machen und wie zu Fürstengehältern das Geld der Masse wieder alle gemacht wird. Der mit großem Beifall aufgenommene Vortrag wurde noch durch eine zustimmende Diskussion ergänzt. Da nach dieser Versammlung der Kollege für Hannover verläßt und in Leipzig sein Amt antritt, so sagen wir ihm herzliches Lebenswohl!

Leipzig, Rüdigerdoverammlung am 18. September. Referent Genosse Fromme sprach über das wichtige Thema: Moderne Betriebsmethoden und deren Begleiterscheinungen. Den interessantesten Ausführungen wurde lebhafter Beifall gezollt. Die Vorlegung der Abrechnung vom Sommer wurde, da sie noch nicht vollständig war, auf die nächste Versammlung verschoben. Nachdem der Kassierer die Vierteljahresabrechnung gegeben hatte, wurde ihm auf Antrag Decharge erteilt. Unter Mitteilung des Vorstandes wurde bekannt gegeben, daß der Ortsbeamte, Kollege Bieg, am 1. Oktober sein Amt antreten wird. Ein Bureau wird im Volkshaus, Saalbau, Zimmer Nr. 5, errichtet werden. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, den Zerfallungen des Vorstandes etwas mehr Interesse entgegenzubringen und bei Verteilung von Flugblättern fortwährend zu verfahren. Eine längere Debatte riefen die Anschließlinge im Magwitzer Konsumverein hervor. Nachdem der Tarif schon am 31. Juli abgelaufen ist, fühlt sich die betr. Verwaltung nicht berechnigt, einen höheren Lohn, gleich dem Minimallohn der Bäcker, zu zahlen.

Quedlinburg. Am 18. September tagte hier eine öffentliche Bäcker- und Konditorenversammlung, welche vom Bergnützlichkeitsverein „Frühling“ einberufen und wegen der Verbandskollegen von Halle eingeladen waren. Die Einladung der letzteren erfolgte aber erst am Abend zuvor um 9 Uhr. Vielmehr hatten die Bergnützlichkeitsvereiner, es wurde wegen dieser späten Einladung kein Verbandskollege erschienen. Da haben sie sich aber getraut. Alle waren für zur Stelle und sogar Kollege Rache-Magdeburg war erschienen. Die Versammlung war zu 3 1/2 Uhr angemeldet, aber um 4 1/2 Uhr noch nicht eröffnet. Erst auf Aufforderung der Verbandskollegen und des Ueberrachenden wurde dieses nachgeholt. Aber die Geschichte konnte noch nicht losgelassen werden — Widerspruch war noch nicht da! Der Vorsitzende Rache, in eine Unterredung bis zur Ankunft des Geschäftsführers eingetreten, wurde abgelehnt. Es blieb also weiter nichts übrig als zu warten. Da endlich — circa 6 Uhr — erschien er, der da kommen sollte und beruhte nun in seiner langweiligen Form der Verband mit jenen seinen Angehörigen und insbesondere die Genossenschaftsbücherei zu reden. Kollege Rache widerlegte den Sachstand und forderte die Kollegen auf, dem Bäcker- und Konditorenverbande beizutreten. Vielen Kollegen des Bergnützlichkeitsvereins hatte Rache aus dem Herzen geschrien, mit Wutworten sie sich bei den anwesenden Meistern offen ihre Meinung zu sagen. Kollege Rache wußte leider die Versammlung frühzeitig verlassen, da er 10 Uhr fahren mußte. Dies machte sich Widerspruch zu nütze, um in jenem Schlußwort nochmals den Anwesenden den Bekanntheit des Bergnützlichkeitsvereins als die anwesenden Verbandskollegen einige Anmerkungen. Widerspruch richtig stellen wollen, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Kollegen von Quedlinburg haben alle Ursache, sich nicht von dem Herrn Widerspruchsbücherei zu lassen, denn sogar der Vorsitzende des Bergnützlichkeitsvereins ermahnt bei dem Bäckermeister Lehn, so er nach seinem Vordruck sich auf den Bergnützlichkeitsverein zu beziehen, so daß er insbesondere eine tägliche Arbeitszeit von 12 bis 14 Stunden haben darf, der Gehalt aber nur 10 bis 11 Stunden. Kollegen von Halle und Quedlinburg! Sagt Euch nicht durch Verleumdungen der Herrn Rache ein Jammerinstrument, des verabschiedeten Auftragsbeauftragten Racheberg, können, denn auch der Herr Rache hat ein solches Arbeitsinstrument für die Bäckermeister zu schaffen, sondern setzt ein in den Verband der Bäcker- und Konditoren. Denn kommt es nicht mehr heraus, wenn bei 6 bis 9 Stunden Arbeit 12 bis 11 Stunden zu arbeiten und nach 12 Stunden Arbeit noch 11 Stunden zu arbeiten, sondern kommt es nicht mehr heraus, wenn bei 12 Stunden Arbeit 12 Stunden zu arbeiten, und jeden

Regensburg, Montag, den 3. September, fand eine öffentliche Konsumerversammlung statt zu der Tagesordnung: Die Entwicklung der letzten Jahre und was daraus für die Zukunft ent? Referent Quaschnaber berichtete über den Verlauf der letzten Jahre, die jetzt schon wieder anfangen zu werden. Es kam das die Herrn Quaschnaber und Quaschnaber für Halle. Referent Quaschnaber legte den Kollegen aus, daß es nicht unter dem Tarif zu arbeiten, und jeden

Meister, der den Tarif nicht einhalte, bei der Vorstandschaft zu melden, damit wir gegen denselben vorgehen können. Die Diskussion war eine sehr reger. Es wurde eine Schlichtungskommission gewählt, die aus den Kollegen Ottenbacher, Gahl und Ackmann besteht. Dieselbe wird bei den tarifbrüchigen Meistern vorstellig werden.

— Donnerstag, den 19. September, fand abermals eine öffentliche Versammlung statt mit der Tagesordnung: Die gegenwärtige Lage. Als Referent war Kollege Gahner erschienen. Derselbe entledigte sich seines Referats in spanischer Weise. Er schilderte den Kollegen, wie heuer alles zu Konferenzen zusammenkam. Viele Gewerkschaften waren international versammelt, auch die Bäcker. Die Arbeitgeber waren ebenfalls beisammen, so die bayerischen Bäckermeister in Straubing. Die internationale Sozialdemokratie war versammelt in Stuttgart, die Friedenskonferenz tagte im Haag, die Katholiken in Würzburg, und die Müllergelben waren beisammen in Erfurt. Alles schloß sich zusammen. Die Folgen davon würden erbitterte Kämpfe sein. Die Bäckermeister suchten jetzt Zuspruch beim Arbeitgeberverband. Als Helfer in der Not gründeten die Meister jetzt noch gelbe Schutzgruppen. Und hätten die Kämpfe noch nicht geschadet, betonte Gahner, wir würden durch dieselben nicht nur ärger werden. Zum Schluß ermahnte der Referent noch die Kollegen, dem Verband treu zu bleiben, damit wir jederzeit gerüstet sind. Mit einem dreifachen Hoch auf den deutschen Bäcker- und Konditorenverband wurde die Versammlung geschlossen.

Waldenburg, Essenliche Bäcker- und Konditorenversammlung am 18. September. Ueber „Die Erringung eines 36stündigen Ruhetages in der Woche“ referierte Kollege Ziegler. In seinem gut durchdachten Vortrag schilderte er den dem Lande die gegenwärtige Situation betreffs Einführung des Ruhetages und wies insbesondere darauf hin, daß schon auf dem Dresdener Verbandstage ein Beschluß wegen des Erstarbentages gefaßt wurde. Wie in anderen Ländern müßte es auch in Deutschland möglich sein, den Ruhestag gesetzlich einzuführen. Die Kollegen Köhler und Müller ärgerten sich im Sinne des Referenten. Ein älterer unorganisiertes Komitee hielt die Verordnung des Maximalarbeitstages als eine Sachverordnung hin, die nur auf dem Papier lände. Ein Zufriedenheitsapostel erklärte treuberechtig, mit einer wöchentlichen Ruhepause von 24 Stunden zufrieden sein zu wollen. Einkünftig wurde eine im Sinne des Referents gebaltene Resolution von den 12 Anwesenden, darunter sechs Gelbe, angenommen. Die Versammlung war von gutem Geiste befeuert und wurden vier neue Kämpfer für unsere gerechte Sache gewonnen.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Sämtliche Arbeiter des Reizner Granitwerkes von Camald Köhler sind schon die dreizehnte Woche ausgebeutet, weil sie sich nicht ohne weiteres einem neu eingeführten Kontrollsystem unterwerfen wollten. Die ganze Bewegung ist aber nunmehr zu einem Kampfe um das höchste Gut der Arbeiter, um das Koalitionsrecht, ausgeartet. Jeder Arbeiter, welcher in dem Eldorado des Herrn Köhler in Arbeit tritt, muß sich durch Ehrenwort und Handschlag verpflichten, seiner freien Gewerkschaft anzugehören. Es wird ihm aber freigegeben, einer sogenannten gelben Gewerkschaft (Streikbrecherorganisation), welche unter dem Namen: „Freie Vereinigung deutscher Steinarbeiter“ von den Reiznerern des Herrn Köhler gegründet wurde, beizutreten.

Nach allen Teilen des In- und Auslandes hat nun Herr Köhler seine Agenten ausgesandt, welche zum Teil unter falschen Vorwänden versuchen müssen, Arbeitswillige anzuwerben. Ja, sogar in die Kasernen hat er seine gelben „Anschlußplakate“ gelangen lassen, in der Hoffnung, daß die jetzt entlassenen Reservisten zum Vertreter an ihren Kameraden werden möchten.

Arbeitsbrüder! Wir fordern Euch auf, folgt nicht den Verlockungen des Herrn Köhler. Wehret nicht zum Vertreter an Euren Mitarbeitern! Geht den gewissenlosen Agenten des Herrn Köhler die Antwort, die ihnen gebührt! Denn unter Kampf ist auch Euer Kampf, und unter Sieg ist auch Euer Sieg! Hoch die Solidarität der Arbeiter!

Emil Krämer, Richard Thieme, Vertrauensmann d. Steinarbeiter. Vor. d. Gewerkschaftsstellts.

Genossenschaftliches.

Unsere Genossenschaftstareif haben außer den in letzter Beröfentlichung bekannt gegebenen 63 Vereinen noch folgende 7 Vereine anerkannt: Dresden, Konsumverein „Vorwärts“; Reuz bei Düsseldorf und Köln a. Rh., Niederthümische Vödereigenossenschaft „Vollkorn“; Gbingen i. B., Konsumverein; Halberstadt, Konsumverein; Magdeburg, Konsumverein; Neustadt, Zeitz im Erzgebirge, Konsum-, Spar- und Produktionsgenossenschaft; Stuttgart, Spar- und Konsumverein. Das sind insgesamt 70 tariffreie Vereine, die zusammen 59 Vorkassierer und 828 Stellen beschäftigen. Der höchste Lohn in allen diesen tariffreien Vereinen ist wohl bisher in Stuttgart festgelegt worden; dort betragen die Anzeigelöhne nach dem Tarif M. 27,10 und steigen jährlich um M. 1 bis zum Höchstlohn von M. 33 pro Woche.

Der Konsum-, Spar- und Sparverein „Produktion“ zu Hamburg erwarnt Bericht über das am 31. Dezember 1906 abgeschlossene 6. Geschäftsjahr. Die Zahl der Mitglieder hat sich um 243 vermehrt und ist der 2556 auf 2295 gesunken, während sich der Gesamtumsatz im Verhältnis zum Vorjahre von M. 332298 auf M. 3908091, also um M. 585102 erhöhte. Von dem Gesamtumsatz entfallen auf die Bäckerei einschließlich bürgerlicher Gemücker M. 542953 und auf die Schlächterei M. 601091. Die monatliche Brotproduktion erfuhr von Januar bis Dezember des Berichtsjahres eine Erhöhung von M. 37880 auf M. 51882. Hergestellt wurden insgesamt M. 995153 Brote zu dem Werte von M. 415678, 1455628 Rindbrüste zu dem Werte von M. 29116, ferner für M. 4425 Zwieback, für M. 8112 Cornflakes und braune Kuchen, für M. 76738 bidriest Fackel und für M. 1513 altes Brot, so daß sich eine Jahresproduktion von M. 535536 ergibt, während die im Vorjahre hergestellte Erzeugung einen Wert von M. 423641 repräsentierte.

Die Produktionssteigerung beträgt somit 26,6 pZt. Der Verbrauch an hauptsächlichsten Materialien stellte sich wie folgt: an 806 Vorkassierer wurden verwendet 7824 Sack Weizenmehl, 8199 Sack Roggenmehl, 44240 Liter Milch, 14670 Pfd. Hefe und 14681 Pfd. Butter. Die Unkosten der Bäckerei betragen M. 189699, wovon M. 44600 auf Böhne, M. 8809 auf Feuerung und sonstige Ausgaben, M. 8860 auf Mele, M. 7818 auf Futtermittel, M. 8358 auf Verkaufsbesen, M. 6561 auf Kraft und Licht und M. 11016 auf Abschreibungen entfallen. Der Reinertrag der Bäckerei beträgt etwas über 2 pZt. Dieser Betrieb weist also ein äußerst minimales Ergebnis auf und das gleiche gilt leider, ja noch in erhöhtem Maße vom Schlächtereibetrieb. Hier beliehen sich die Unkosten auf M. 89847, wovon M. 19786 auf Böhne, M. 10204 auf allgemeine Unkosten, wie Schlachtgeld, Transport, Feuerung etc., M. 8810 auf Mele, M. 1617 auf Abschreibungen und M. 59160 auf Verkaufsbesen entfallen. Während am Schlusse des Vorjahres 218 Personen im Dienste der Genossenschaft standen, stieg die Zahl der von ihr Beschäftigten bis Ende des Berichtsjahres auf 260. Hierunter befinden sich unter anderen 4 Vorstandsmitglieder, 1 Bureauchef, 13 Kontoristen, 40 Lagerhalter, 84 Verkäufer, 89 Verkäuferinnen, 15 Lagerarbeiter, 1 Badmeister und 20 Bäcker, 1 Konditor, 12 Schlächter und je 1 kaufmännischer und technischer Betriebsleiter der Schlächtereier, 1 Werkführer für die Tischlerei und 6 Tischler, 1 Elektriker, 1 Schlosser usw.

Ein interessantes und teilweise recht erfreuliches Entwicklungsbild tritt uns in der weiteren Ausgestaltung der sozialwirtschaftlichen Einrichtungen des Vereins entgegen. Da ist zunächst der Wohnungsfonds, der sich im Verhältnis zum Vorjahre von 426 Konten im Betrage von M. 45132 auf 519 Konten im Betrage von M. 51924 erhöhte. Am Monatsende waren am Schlusse des Vorjahres 6766 Mitglieder mit M. 157417 beteiligt. Im Berichtsjahre ist die Zahl der Inhaber eines Monatsbeitrages auf 8851 gestiegen, während die Guthaben die Höhe von M. 233248 erreichten. In Anspruch genommen wurde dieser Fonds von 965 Genossen mit insgesamt M. 21036, so daß im Durchschnitt M. 22 auf jede Abhebung entfallen. Für die Verzinsung des Fonds wurden M. 8789 (3 1/2 pZt.) verwendet.

Der Konsumverein Gera-Debschitz berichtet über sein 10. Geschäftsjahr 1906/07. Trotz aller Einseitigkeiten ist die Mitgliederzahl im Berichtsjahre von 3003 auf 4093 gestiegen. Der gesamte Umsatz ist gegen das Vorjahr um M. 202680 gestiegen. Der Reingewinn beträgt M. 100946, das ist ein Mehr von M. 35620 gegen das Vorjahr. Ueber die Bäckerei kann das erste Mal über ein volles Jahr berichtet werden. Auch hier hat sich gezeigt, daß die Heze der Segner für den Verein fruchtbar war. Der Umsatz betrug in diesem Zweige M. 297548. Hergestellt wurden 271989 Brote im Gewicht von 17354,5 Ztr., 195989 Dreierbröden, 106528 Zeilen Semmel; insgesamt für M. 60446 Weißgebäck und für M. 25554 Kuchen. Die durchschnittliche Tagesproduktion betrug im Juni 87-Ztr. Brot, für M. 244 Weißgebäck und M. 79 Kuchen. Die ungeheure Menge der Backwaren erforderte, daß ein dritter Ofen aufgestellt werden mußte; dementsprechend wurden vier weitere Bäcker eingestellt. Heute beschäftigt der Verein 13 Bäcker, 1 Badmeister und 2 Expedienten. Gearbeitet wird in drei Schichten zu acht Stunden. Der Betrieb wird Tag und Nacht ohne Unterbrechung aufrecht erhalten.

Der Allgemeine Konsumverein Braunschweig berichtet über sein 17. Geschäftsjahr. Die Entwicklung der Genossenschaft hat im Berichtsjahr wiederum recht erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl liegt nun bei 6547 auf 7095. Der Warenumsatz betrug im Berichtsjahre M. 2286672,77, gegenüber dem Vorjahre mehr M. 231984,01.

Die Entwicklung des Bäckereibetriebes wie auch das Geschäftsergebnis ist als gut zu bezeichnen. An Schwarzbroten wurden 729684 Stück, gegen 594781 Stück in 1905, gebacken. Das ist eine Mehrproduktion von 134851 Stück. An jedem Arbeitstag mußten durchschnittlich 2432 Stück, im Juni d. J. aber schon 2749 und im August schon 2826 pro Tag angefertigt werden.

An Weißbroten, Kuchen etc. wurde 5423789 oder pro Schicht 15066 Stück gebacken. Ein Vergleich zu dem Vorjahre läßt sich nicht gut feststellen, weil jetzt statt fünf nur vier Bröden für 10 A gegeben werden.

Die in der Bäckerei hergestellten Backwaren stellen einen Gesamtwert von M. 541010 gegen M. 467608,21 in 1905 dar. Das ist mehr M. 73502,79.

Der Reingewinn, welcher rechnerisch M. 21260,60 beträgt, dürfte als gutes Ergebnis zu betrachten sein.

Der Verein bezahlte an Gehältern und Löhnen M. 100015,50, wovon auf die Bäckerei M. 48000,44 entfielen. Für Brotaustragefrauen wurden M. 14258,81 an Löhnen abgegeben.

Der Konsumverein Leipzig-Entrisch berichtet über sein 18. Geschäftsjahr. Der Umsatz betrug im Berichtsjahr M. 1484593,34 gegen M. 1482306,78 im Vorjahre. Der Umsatz der Bäckerei ist um M. 23406 gestiegen und beträgt M. 424053,76. Es wurden hergestellt: Roggenbrot für M. 316943,36, Weißbrot M. 195705, Weißgebäck (Verkaufsfertiges) M. 50224,60, Weißgebäck (Austträger) M. 41003,19, Kuchen M. 10666,94, für Futtermehl, Hefe und Backgelb sind vereinnahmt M. 3208,62; zusammen M. 424053,76. In Roggenbrot wurde ein Mehrumsatz von M. 12653 und in Weißgebäck ein solcher von M. 11060 erzielt. In der Bäckerei sind 2 Badmeister und 16 Bäckergehülften beschäftigt. Bei der allgemeinen Brotverteilung im Berichtsjahre hatte die Leipziger Bäckervereinigung beschlossen, das Roggenbrot mit 15 A pro Pfund zu verkaufen, während unser Verein nur eine Erhöhung auf 14 A festgelegt hatte. 6 Pfund Brot kosteten also beim Bäcker 90 A, bei dem Verein 84 A; hierauf erhalten die Mitglieder noch 8 pZt. Dividende = 6 1/2 A, bleibt 77 1/2 A.

Sozialpolitisches.

Das Dreiklassenwahlrecht faßt ein Teil Menschen, vor allem solche, die sich wenig um die Sache kümmern, oder solche, die überhaupt nicht die „Ehre“ haben, prüfische Wähler zu sein, immer noch so auf, als ob der Wähler 1. Klasse ein dreimal größeres Stimmrecht hätte als der Wähler 3. Klasse. Daß dem nicht so ist und daß das Unrecht des Dreiklassenwahlrechts ein noch viel schreierendes ist, als man allgemein

anzunehmen beliebt, wird mit Bligeshelle durch nachstehende Zahlen beleuchtet. In der Stadt G 1 n stehen für die nächste Gemeindevahl 58 119 Wähler in der Liste, die natürlich in drei Klassen eingeteilt sind. Zur 1. Abteilung gehört, wer einen Gesamtsteuerbetrag von M. 2718,85 und mehr, zur 2. Abteilung, wer einen Gesamtsteuerbetrag von M. 227,18 bis M. 2718,84, zur 3. Abteilung, wer einen Gesamtsteuerbetrag von M. 227,17 und weniger bezahlt. Hiernach umfasst die 1. Abteilung 645, die 2. Abteilung 7984, die 3. Abteilung 49 488 Wähler. 645 Wähler in der 1. Klasse haben also genau soviel Wahlrecht als nahezu 50 000 Wähler der 3. Klasse. Und dazu kommt noch die öffentliche Stimmgabe. Worte sind wohl nicht nötig, um den Charakter dieser Wahl — als ungerecht zu kennzeichnen; die Zahlen tun's hier gewiß schon allein.

Polizei und Gerichte.

Das nicht eröffnete und trotzdem nicht erledigte Strafverfahren. Wegen Übertretung des Preßgesetzes hatte sich am 25. September Genosse Kaul als verantwortlicher Redakteur der „Breslauer Volkswacht“ zu verantworten. Bei dem Bäckmeister Fr. Zimmer, Anderkenstraße 22, war ein Geselle beschäftigt, der seinem Verbandsangehörte und dem vom Gauleiter Zigon regelmäßig das Verbandsorgan durch die Post zugefickt wurde. Zimmer hatte aber wenig Freude an dem Blatte, das sich bereits mehrfach mit den Zuständen in seinem Betriebe beschäftigt hatte, und da der Briefträger die Zeitung im Laden abgab, bekam sie der Geselle nicht zu lesen, weil nämlich Zimmer sie ihm nicht verabsolgte. Als Zigon hier von erfuhr, reichte er bei der Breslauer Staatsanwaltschaft eine Strafanzeige wegen Unterschlagung und Verletzung des Briefgeheimnisses gegen Zimmer ein.

Am 27. Juni erhielt er dann vom Ersten Amtsanwalt den Bescheid, daß Zimmer glaubhaft versichert habe, daß die Zeitung nur persönlich bei ihm liegen geblieben sei. Ein strafrechtliches Einschreiten werde deshalb abgelehnt. Gegen diesen Bescheid wurde Beschwerde beim Oberstaatsanwalt erhoben. Außerdem aber wurde der Bescheid auch am 20. Juli in seinem vollen Wortlaut und mit kritischen Betrachtungen versehen in der „Volkswacht“ veröffentlicht. Am Tage zuvor bereits hatte der Erste Staatsanwalt die Beschwerde unter der Behauptung zurückgewiesen, daß Zigon nicht der Verletzte sei und deshalb kein Recht habe, einen Strafantrag zu stellen. Dieser Bescheid ist allerdings erst am 22. Juli, also zwei Tage nach Erscheinen jenes Artikels in der „Volkswacht“ zur Post gegeben worden.

Zimmer blieb demnach vor der unangenehmen Situation verschont, die Anklagebank betreten zu müssen und sein „Versehen“ blieb ungerichtet. Dagegen wurde Kaul unter Anklage gestellt, weil er entgegen § 17 des Preßgesetzes ein amtliches Schriftstück eines Strafprozesses veröffentlicht haben sollte, bevor das Verfahren sein Ende erreichte.

Seine Verteidigung vor Gericht ging dahin, daß ja die Eröffnung eines Verfahrens abgelehnt worden sei. Es habe deshalb gar kein Verfahren vorgelegen. Auch das Ermittlungsverfahren war bereits abgeschlossen, als der Erste Amtsanwalt die Eröffnung eines Strafverfahrens ablehnte. Somit müsse er, wenn man dem klaren Wortlaut des Gesetzes nicht Gewalt antun wolle, freigesprochen werden.

Der Staatsanwalt vertrat die Ansicht, der Angeklagte befinde sich im rechtlichen Irrtum. Die vorgenommenen Ermittlungen waren im Register für Vorverfahren eingetragen und da die Beschwerde erhoben war, konnte auch das Verfahren noch nicht als abgeschlossen gelten. Das Gericht stellte sich auf den gleichen Standpunkt, anstatt der beantragten M 20 erkannte es jedoch nur auf M 5 Geldstrafe.

Aus der Urteilsbegründung interessiert noch besonders eine Bemerkung des Vorsitzenden, daß Zigon in der Tat als von Zimmer verlegt anzusehen sei. Er habe ein erhebliches persönliches und rechtliches Interesse an der Einleitung eines Strafverfahrens gehabt. Womit hat sich also der Oberstaatsanwalt geirrt und diesem Irrtum hat es Bäckmeister Zimmer zu verdanken, daß er die Anklagebank nicht zu zieren brauchte.

O wir armen Zeitungsschreiber. Ein Bäckmeister kann glaubhaft versichern, daß er nur aus Versehen etwas Ungeheures begangen hat, ein Oberstaatsanwalt kann irren, aber ein sozialdemokratischer Redakteur muß genau wissen, wie ein Gesetz eventuell — ausgelegt werden kann.

Das Verbot des Bäckereibrotkotts, das am 31. Oktober v. J. vom Breslauer Landgericht in Form einer einstweiligen Verfügung erlassen wurde, hat am 23. September das Oberlandesgericht bekräftigt. Die Verhandlung dauerte drei Stunden, worauf der Gerichtshof zur Beratung schritt. Das Gericht kam gestern aber noch zu keinem Resultat, vielmehr wurde nach einstündiger Beratung die Verkündung des Urteils auf den 7. Oktober, Vormittags 9½ Uhr, verschoben.

Er soll brummen! Wir wir in Nr. 37 d. Bl. berichteten, daß Kollege Zigon von dem Breslauer Schöffengericht wegen Beleidigung des Altgejellen Birne zu M. 40 Geldstrafe verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hat nunmehr der Amtsanwalt Vernunft eingelegt, weil die gräufige Tat nach seiner Ansicht nur durch eine Freiheitsstrafe geizigt werden kann. Denn die Geldstrafe werde doch vom Verbandsorgan getragen? Ob der Herr Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten. Unmöglich ist's nicht, denn in Breslau ist in der Beziehung alles möglich!

Die „Ehre“ des Musikerbruders Birne wird von dem Breslauer Amtsanwalt wirklich recht hoch eingeschätzt! Viel Freude wird sicherlich Ehrenbirne nicht darüber empfinden, daß seine ehrenwerten Taten nochmals vor Gericht aufgerollt werden sollen. Uns kann's recht sein!

Die Reflexexplosion in der Konditorei von Zorn in Halle a. d. S., worüber wir seinerzeit berichteten, beschäftigte letztera die hiesige Strafkammer. Bekanntlich hat durch das Unglück der jugendliche Lehrling Babst sein Leben eingebüßt, während ein Gehülfe und auch der Meister verletzt wurden. Die Anklage lautete infolgedessen gegen den Konditoreibesitzer Karl Zorn auf fahrlässige Tötung unter dem erschwerenden Umstande, daß der Angeklagte dadurch seine Berufspflicht ver-

legt habe. Der Angeklagte fühlt sich nicht schuldig und erklärte, vor drei Jahren habe er die Konditorei gegründet und den Kessel zum Kochen von Fruchtsaft und Zucker gekauft. Es sei ihm berichtet worden, daß bei dem Kessel absolut keine Explosionsgefahr bestehe.

Da nach dem Unfall der Kessel vom Gewerberat Hägler untersucht und Konstruktionsfehler gefunden wurden, so stellte der Staatsanwalt bereitwillig den Antrag auf Freisprechung. Das Gericht erkannte auch demgemäß. Daß aber der Kessel nur mangelhaft mit Wasser geheizt war und die Bedienung derselben einem jungen Lehrling anvertraut werden konnte, daß wurde anscheinend nicht als strafwürdiges Vergehen des Unternehmers angesehen.

Aus dem Innungslager.

Folgen des Kost- und Logiszwanges. Vor einigen Wochen wurde einem älteren Arbeiter in einer Freiburger größeren Bäckerei aus seinem Portemonnaie ein Zehnmarkstück entwendet; vor einigen Tagen in der bei uns noch in Erinnerung stehenden Bäckerei Wwe. Frank in Ebnor einem Kollegen ein größerer Geldbetrag nebst einer Urtheile aus einem schlecht verschließbaren Schrank. In beiden Betrieben arbeiten größtenteils Gehülfsvereinter. Unter Kollegen sollte so etwas nicht vorkommen. Die Gauer konnte man natürlich nicht ausfindig machen. Das eine steht jedoch fest: wären die Bäckergesellen außer Kost- und Logiszwang, oder hätten sie anständig verschließbare Räume im Hause des Meisters, so könnte ähnliches nicht vorkommen. Deshalb weg mit Kost und Logis aus dem Hause des Meisters.

Eine Großeinkaufs-Gesellschaft der Hamburger Bäckmeister. Schon vor einiger Zeit waren wir in der Lage, mitzuteilen, daß die Hamburger Bäckmeister, angeregt durch die außerordentlichen Erfolge der beiden Hamburger Genossenschafts-Bäckereien, der des Konjums, Bau- und Sparvereins „Produktion“ und der der Produktionsgenossenschaft „Vorwärts“, beschloßen hätten, eine Großeinkaufs-Gesellschaft zum gemeinsamen Einkauf der Bäckereibedarfsartikel zu gründen. Am 17. September ist diese Gründung nun formell vollzogen. Das „Hamburger Echo“ schreibt hierzu: „Wir gönnen den Bäckern die Vorteile, die sie sich zweifellos durch ihre Großeinkaufs-Gesellschaft verschaffen werden. Hoffentlich gönnen sie nun aber auch den Arbeitern usw. die Vorteile, die diese sich ebenfalls durch genossenschaftliche Organisation des Konjums verschaffen. Bei der letzten Bürgerchaftswahl ist Herr Bäckereimeister Blindmann freilich noch im Zeichen des Detailistenkampfes gegen Konjumbereine und Warenhäuser gewählt worden.“

Gera allen in der Welt voran. In unserer Stadt, welche 46 000 Einwohner zählt, existiert zur Zeit ein Konjumberein mit 5000 Mitgliedern, eine Brotfabrik und eine — was jedenfalls allen Kollegen neu sein wird — Mufferbäckerei! Wie nun vor zirka Wochen die neue Brotfabrik ihren Betrieb eröffnete, da erschien in kurzer Zeit auch die Tante „Günther“ auf dem Plan, und es wurde der Reigen eröffnet durch einen Hofknecht aus Gera in Nr. 69 des Meisterorgans. Um auf diesen Artikel nun etwas näher einzugehen, muß man ohne weiteres zu der Überzeugung kommen, daß in unserer Innung nur diejenigen Herren zu sagen haben, die den größten Geldsack besitzen. Der Artikel besagt, daß nur ein Fünftel der Mitglieder den Beschluß zum Bau einer Heidefabrik gefaßt hätten. Als nun das Syndikat die Antwort darauf gegeben hatte, und zwar damit, daß es seine Preise in den Tagesblättern bekannt gab, da schrien die armen Nichtaktionäre: „Kolligen Deutschlands, helst uns, wir sind in Gefahr! Auch ein Teil unserer eigenen Kollegen gibt dem Publikum dasjelbe wie die Brotfabrik! — was machen wir? Pst! uns!“ Ja, womit? Das sieht nicht dabel! Wenn man auch zugeben wolle, daß ein Teil der Bäckmeister bedroht ist, aber in dem Maße schließlich doch nicht. Nun meldet sich ein Herr Krüger, und da sieht man, daß sie den Mut doch noch nicht alle verloren haben. Denn da heißt es: „Kann das Syndikat mehr als andere Brotfabriken und Konjumbäckereien? Trotz dieser sind wir auch geblieben, und so schütten wir unser Bündel noch lange nicht! (Alo nur Mut, ihr Innungsmeister.)“ Wenn man nun die ganze Komödie mit anhört, so wollten die Meister erst mit allen möglichen Tricks den Bau der Brotfabrik vereiteln. Leider kannten die Herren ihre schwachen Seiten noch nicht, und so ließ man es geschehen. In einer folgenden Versammlung mußte man die Wahrnehmung machen, daß unter den Herren ein gegenseitiger Kampf spiele. Aber was hat ihnen niemals Kopfzerbrechen gemacht? Ihre Gejellen! Davon kein Wort! Daß auch diese schließlich in Mitleidenschaft gezogen würden, das war ja Nebenjude! Nur der heilige Proß darf nicht leiden. So hat man es nun eine kurze Weile mit angesehen, und nun wird der letzte Dammungsanker angejast. So geschähen im August des Jahres 1907 n. Chr. Geburt. Der „Germania“-Vorstand sollte das Syndikat umgehend auffordern, sofort in Gera die Syndikatsbäckerei zu schließen. (Gedanke großartig.) Der „Germania“-Verband sollte einen größeren Betrag bewilligen, aus welchem die Kollegen in Gera zu unterstützen sind. (Das ist nicht übel.) Also jetzt wollen die Bäckmeister Pension. Ob auch die Gejellen dasjelbe Schicksal trifft, sieht nicht dabel. Aber es wurde mitgeteilt, daß der „Germania“-Vorstand bei der Vorstellung die Bitte ausgesprochen hätte, man möchte doch wenigstens die Verbandsgejellen hinaus befördern und Bundesgehülften weiter beschäftigen. (.) Leider, ihr Geraer Innungsmeister, wenn ihr noch nicht eingesehen habt, wer euer Hauptkonjument in Gera ist, dann ist es beschämend für euch! Die Herren von der Brotfabrik haben sicher sofort eingesehen, daß der Hauptkonjument der Arbeiter ist. Auch werden diese im gegebenen Falle ein ernäges Wörtchen mitreden. Heute zeigen ihnen die Gejellen das Gegenteil von der Flunkerei, welches der Bäckereimeister Reichert in unserer öffentlichen Versammlung im Frühjahr zur Sprache brachte, nämlich daß die Gejellen zufrieden seien und nicht Kost- und Logis außer dem Hause haben wollten. Alle möchten sie es haben — lieber heute als morgen! Davon kann der Innungsvorstand doch jetzt überzeugt sein. Ihr Geraer Bäckergesellen, ob jung oder alt, ihr wißt, wie ihr eure Lage verbessern könnt, und wer eure Interessen nach jeder Richtung hin wahr. Darum erscheint alle, Mann für Mann, in der am Sonntag stattfindenden Versammlung bei Odter. Dann können wir in Kürze auch die Rechnung der Innung quittieren, die sie ohne uns gemacht hat. F. V.

Der Staatsanwalt gegen die Bäckmeister. Unter dieser Ueberschrift brachten wir in Nr. 29 unseres Organs die Mitteilung, daß mehrere Berliner Bäckmeister gegen Fris Schmidt und Genossen eine Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft eingereicht hatten, weil unter seiner Führung die Innungsvorstände und das Gesellenrat jene bekannten Beschlüsse gegen die „Bewilligten“ faßten und außerdem noch die größten Beleidigungen gegen diese schickten. Man durfte hoffen, daß die Sache schnell erledigt würde, da man ja weiß, daß beispielsweise bei irgend einem Vergehen, welches sich Arbeiter gelegentlich einer Lohnbewegung zu schulden kommen lassen, die Justiz nicht lange sadelt und die „Sünder“ beim Stragen packt. Aber wenn es gegen Bäckmeister geht, scheint die Sache doch bedeutend mehr Schwierigkeiten zu machen. Zuerst mußte ja der Generalstaatsanwalt mobil gemacht werden, ehe überhaupt eingeschritten wurde, und als endlich Ermittlungen angestellt wurden, hat man monatelang nichts mehr gehört. Auf eine Anfrage ist nur endlich Licht in die Angelegenheit gekommen. Aber man höre, was für schöne Ueberraschungen der Herr Staatsanwalt der Welt bietet. Zunächst „ist auf eine baldige Erledigung der Angelegenheit selbst nicht zu rechnen“. Und weshalb nicht? „Da gegen alle diejenigen Anzeigen erstattet ist, welche an dem Beschlusse der Innung teilgenommen und zur Kundgebung dieses Beschlusses beigetragen haben, und da ferner geprüft werden soll, inwieweit sich Arbeitnehmer während des in Frage stehenden Kampfes gegen § 153 der Gewerbeordnung vergangen haben, so sind noch umfangreiche Erhebungen erforderlich.“

Das also war des Bubels Kern! Die Anzeige richtete sich gegen die Bäckmeister, und der Staatsanwalt findet es jetzt notwendig, dabei auch zu prüfen, ob sich die Gejellen irgend etwas zu schulden kommen ließen! Diese Grundsätzlichkeit ist uns allerdings noch sehr befreundend — können wir uns doch mit bestem Willen nicht entsinnen, daß andere Staatsanwälte in ähnlichen Fällen so nach allen Seiten hin ihre „Fühler“ ausgestreckt hätten. Wenn Arbeiter in Lohnbewegungen in ein Strafverfahren verwickelt wurden, so waren oft gleichzeitig die größten Gesetzesverletzungen seitens der Unternehmer in Erscheinung getreten und wurden von den Staatsanwälten doch nicht erubelt. Die im jetzigen Falle angewendete Praxis bedeutet aber wahrscheinlich einen Wendepunkt, und mögen sich nun die Schärfmacher vor unseren Staatsanwälten selber äußerst in acht nehmen, wenn sie einmal Arbeiter zur Anzeige bringen wollen. Im übrigen werden die Bäckmeister, welche die Strafanzeige gegen Schmidt und Genossen erstatteten, im Laufe dieses Jahres hoffentlich noch etwas vom Laufe der Gerechtigkeit zu spüren bekommen. — Oder wird die ganze Geschichte wieder einmal für die Bäckmeister auslaufen wie das Hornberger Schießen?

Aus dristlicher und gelber Werkstatt.

Eine geborstene Gehülfsvereins-Säule oder wie man sich das Reifsgeld nach Paris verschaffen kann.

Von glaubwürdiger Seite wird uns mitgeteilt, daß der Kassierer des Freiburger Gehülfsvereins, Gd, mit M. 120 nach Paris abgedampft sein soll. Andererseits wird dieses in Abrede gestellt. Es sollen keine M. 120, sondern nur M. 25 sein, und diese will man dem Ungetreuen noch knapp vor seiner Abreise wieder abgenommen haben. Etwas ist an der Sache, trotzdem man sich bemüht, die Geschichte zu vertuschen. Jedentfalls aus Angst, daß die Schöfchen ob solcher Schlamperie aus dem Harmonieklub ausstreten und zu den „Wölfen“ in den Verband kommen. Wäre ähnliches freilich beim Verband passiert, dann ja Zeter und Mordio ob solcher Gaunerei. Wann werden unsere Kollegen, die sich in den Gehülfsvereinen von einigen Machern leihammeln lassen, einsehen, daß sie nur im Verbandsverband vor solchen Sachen bewahrt bleiben!

Ausland.

Konferenz in Prag. Vom Internationalen Kongress der Bäcker und Konditoren in Stuttgart war dem internationalen Sekretär Allmann der Auftrag geworden, in dem Streit, der zwischen dem Verbands der Bäckereiarbeiter Oesterreichs und dem Fachverein der Bäcker Böhmens ausgebrochen war, eine Einigung zu versuchen. Zu diesem Zwecke fand am 25. September in Prag eine Konferenz statt, an welcher der internationale Sekretär, ferner die Genossen Silberer- und Zipper-Wien, sowie Jirasek- und Cibor-Prag teilnahmen. Die Konferenz wurde von Allmann geleitet und in sachlicher Diskussion waren alle Teile bestrebt, die vorhandenen Streitpunkte aus der Welt zu schaffen.

Genosse Zipper-Wien trug die Ursache des Streites vor: nach dessen Ausführungen wurde im Jahre 1902 auf dem Verbandstag des Lebensmittelarbeiterverbandes in Wien dieser Verband für Oesterreich aufgelöst und nach Prag überwiesen. In Oesterreich gründeten die verschiedenen Branchen dieses bisherigen Verbandes eigene Zentralverbände. Dem Lebensmittelarbeiterverbande in Böhmen gehören zirka 2000 Bäcker, organisiert im Fachverein der Bäcker Böhmens (davon 1200 Mitglieder in Prag und zirka 800 in 26 Orten der Provinz); ferner zirka 300 Brauer und 600 Selcher (Schlächter) an. Auf der letzten Generalversammlung des Fachvereins der Bäcker Böhmens hat sich dieser in einen Reichsverein umgewandelt und sind in der Folge in Iglau und Mährisch Ostrau Grenzstreitigkeiten zwischen beiden Verbänden entstanden.

Es wurde beschlossen, dass man den Streit, der zwischen den Zentralkommissionen der Gewerkschaften Oesterreichs und Böhmens besteht, nicht mit in die Debatte einbeziehen, sondern versuchen wollte, unbekümmert um diesen Streit unter den beiden beteiligten Verbänden, die sonst immer im besten Einverständnis miteinander gewirkt hatten, eine Einigung herbeizuführen. Die Prager Genossen erklärten, dass nach ihrer Meinung der Streit höchst kleinlicher Natur sei, worauf der internationale Sekretär erklären musste, dass nach den Beschlüssen unseres Internationalen Kongresses von jedem Lande für jede Branche nur ein Verband an-

